

## **Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945: Katalysatoren für die Herausbildung transnationaler Identitäten?**

*Thomas Fetzer*

Published in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (eds.),  
Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Campus New  
York/Frankfurt 2002, pp. 355-392.

### **Einleitung**

In jüngster Zeit ist in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung verschiedentlich ein verstärktes Interesse an Untersuchungen über die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft bekundet worden. Man hat solche Untersuchungen beispielsweise als wichtigen Baustein für die Erforschung der politischen Integration Europas angeregt, nicht zuletzt deshalb, weil die Evolution zivilgesellschaftlicher Strukturen als wesentliche Bedingung für die Ausgestaltung einer europäischen Staatsbürgerschaft sowie generell für die Demokratisierung der EG/EU gedeutet wurde.<sup>1</sup> Daneben wurde eine solche Analyse auch als ein vielversprechender Weg zu neuen Erkenntnissen im hier primär interessierenden Forschungsfeld vorgeschlagen, d.h. im Hinblick auf die Herausbildung transnationaler bzw. europäischer Öffentlichkeiten und Identitäten.<sup>2</sup> Im Rahmen eines mehrstufigen Öffentlichkeitsmodells<sup>3</sup> werden Verbände und Nichtregierungsorganisationen (NGO) dabei als Träger einer mittleren, zwischen *Encounter*-Ebene und Massenmedien gelegenen Öffentlichkeitsdimension konzeptualisiert, wobei angenommen wird, dass gerade hier seit längerer Zeit transnationale Teilöffentlichkeiten existieren, die in den national

---

<sup>1</sup> Vgl. aus der Fülle an Literatur z. B.: H. Kaelble, „Demokratie und europäische Integration seit 1950“, in: M. Hildermeier/J. Kocka/C. Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M./New York 2000, S. 245-271; P. C. Schmitter, *Come democratizzare l'Unione Europea perché*, Bologna 2000; H. Abromeit, *Democracy in Europe: Legitimising politics in a non-state policy*, Oxford/New York 1998.

<sup>2</sup> H. Kaelble, „Die europäische Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Eine Skizze“, in: M. Grütner et. al. (Hg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/M. 1999, S. 651-678, hier: S. 660; A. Schmidt-Gernig, „Gibt es eine europäische Identität? Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg“, in: H. Kaelble/J. Schriewer (Hg.), *Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften*, Frankfurt/M./New York 1999, S. 163-216, hier: S. 204.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den einleitenden Beitrag dieses Bandes von Hartmut Kaelble, Martin Kirsch und Alexander Schmidt-Gernig.

dominierten Massenmedien kaum in den Blick geraten. Insofern kann die folgende Analyse, insoweit sie über die unmittelbare Organisationsgeschichte hinaus Bezug auf Kommunikationsstrukturen und inhaltliche Debatten innerhalb dieser NGO nimmt, auch als Beitrag zur Erforschung europäischer Öffentlichkeiten gelesen werden.

Berücksichtigt man die entscheidende Funktion öffentlicher Diskurse für die Konstruktion kollektiver Identitäten, so lässt eine Analyse der europäischen Zivilgesellschaft darüber hinaus auch neue Erkenntnisse über die eventuelle Emergenz europäischer „Wir-Gefühle“ erwarten. Ein besonderer Vorzug liegt hier darin, dass bei Konzentration auf einzelne Wirtschaftsverbände, soziale Bewegungen usw. die unterschiedlichen sozialhistorischen Kontexte sowie die kontingenten Entstehungsbedingungen solcher europäischer Identitätskonstruktionen besser in den Blick genommen werden können. Hierauf wird später genauer zurückzukommen sein.

### ***Zivilgesellschaft als theoretisches Konzept***

Das verstärkte Interesse an Untersuchungen zur europäischen Zivilgesellschaft fiel sicher nicht zufällig mit einer allgemeinen Renaissance des Begriffs seit den 1980er Jahren zusammen, nachdem „Zivilgesellschaft“ zuvor für mehr als hundert Jahre aus der wissenschaftlichen und politischen Debatte verschwunden war. Für diese Renaissance war eine einzigartige historische Konstellation maßgeblich: In Osteuropa wurde der Begriff zum Schlüsselwort der Dissidenten in ihrem Kampf gegen die realsozialistischen Systeme, während das Konzept im Westen einer gewachsenen Skepsis gegenüber dem Staat Ausdruck verlieh, in der sich Marktliberale, Neomarxisten und Kommunitaristen einig wussten.<sup>4</sup>

Normative Implikationen waren bei der konzeptuellen Wiederbelebung also von Anfang an mit im Spiel, und im Verlauf der neunziger Jahre ist „Zivilgesellschaft“ zu einem öffentlichen Modebegriff geworden, unter dessen Etikett völlig gegensätzliche politische Ziele verfolgt werden.<sup>5</sup> Will man vor diesem Hintergrund nicht wie einige Kritiker generell die

---

<sup>4</sup> J. Kocka, „Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen“, in: Hildermeier/Kocka/Conrad, *Europäische Zivilgesellschaft*, S. 13-39, hier: S. 18-20; vgl. zur theoretische Renaissance u.a.: J. L. Cohen/A. Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1992; J. A. Hall (Hg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge 1995; J. Keane (Hg.), *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London 1988; V. Pérez-Díaz, *The Return of Civil Society. The Emergence of Democratic Spain*, Cambridge 1993; K. Michalsky (Hg.), *Europa und die Civil Society*, Stuttgart 1991; B. van den Brink/ W. van Reijen (Hg.), *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt/M. 1995; M. Walzer (Hg.), *Towards a Global Civil Society*, Providence 1995; vgl. zur längerfristigen Begriffsgeschichte: M. Riedel, „Gesellschaft, bürgerliche“, in: O. Brunner/ W. Conze/ R. Kosselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 719-800.

<sup>5</sup> K. Kumar, „Civil society: an inquiry into the usefulness of an historical term“, *British Journal of Sociology*, Jg. 44 (1993), S. 375-395, hier: S. 376.

Verwendbarkeit des Konzepts für die wissenschaftliche Forschungspraxis in Zweifel ziehen<sup>6</sup>, so erscheint eine begriffliche Vorklärung unabdingbar, zumal, wenn es wie im Falle der europäischen Zivilgesellschaft um einen Kontext geht, der noch kaum untersucht worden ist.<sup>7</sup> Auf den ersten Blick gewinnt man den Eindruck, dass sich der Gegenstandsbereich von „Zivilgesellschaft“ im Verlauf der Zeit immer stärker verengt hat. Während sich durch Mittelalter und frühe Neuzeit hindurch eine Begriffsverwendung hielt, die im Rekurs auf Aristoteles letztlich auf die Totalität des Gemeinwesens bezogen war, setzte seit der Aufklärung die Tendenz ein, das Konzept in Abgrenzung zur politischen Macht des Staates zu definieren. Besonders prononciert beispielsweise bei John Locke wurde „Zivilgesellschaft“ zum Synonym gesellschaftlicher Selbstorganisation außerhalb des politischen Raumes, mit der Marktökonomie als zentralem Bestandteil.<sup>8</sup> Zu dieser ersten Dichotomie gesellte sich in den 1980er Jahren eine weitere: „Zivilgesellschaft“<sup>9</sup> wurde nun oft auch von der ökonomischen Sphäre separiert. Es entstand die Vorstellung eines Netzes von Nichtregierungsorganisationen, die als „Dritter Sektor“ außerhalb staatlicher Macht und ohne wirtschaftliche Gewinnabsichten operierten. Im Anschluss an Habermas' Diskursethik wurde der Begriff nun als systematische Inkarnation der „Lebenswelt“ konzeptualisiert; als zentrale Kennzeichen galten das Prinzip der freiwilligen Assoziation, (tendenziell) herrschaftsfreie Kommunikation und die Orientierung auf das Gemeinwohl. Besonders aufschlussreich ist die Tatsache, dass zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei häufig die Funktion kollektiver Identitätsbildung zugeschrieben wurde.<sup>10</sup>

Angesichts des hier zugrundeliegenden zeitgeschichtlichen Forschungsinteresses ist es zunächst naheliegend, für die Begriffsdefinition auf diese jüngste theoretische Entwicklung zurückzugreifen, und tatsächlich wird in der folgenden Darstellung die Entwicklung eines Netzes europäischer NGO im Mittelpunkt stehen.

---

<sup>6</sup> Vgl. z. B. ebd. S. 391; C. Hann, „Introduction: Political society and civil anthropology“, in: ders./E. Dunn (Hg.), *Civil Society. Challenging Western Models*, London 1996, S. 1-26.

<sup>7</sup> Vgl. für einen ersten sozialwissenschaftlichen, jedoch theoretisch wenig reflektierten Versuch: J.-C. Boual (Hg.), *Vers une société civile européenne?* Paris 1999.

<sup>8</sup> Vgl. C. Taylor, „Die Beschwörung der Civil Society“, in: Michalsky, *Europa und die Civil Society*, S. 68f.

<sup>9</sup> Zu beachten ist, dass mit der Renaissance der 1980er Jahre im deutschen Sprachraum, anders als im Englischen, Französischen oder Italienischen, eine semantische Transformation verbunden war. Als Übersetzung aus dem Englischen ersetzte „Zivilgesellschaft“ den alten Begriff „bürgerliche Gesellschaft“. Ob es sich hierbei nur um die durch einen Anglizismus getarnte Neubelebung des diskreditierten alten Konzepts handelt, oder ob der neue Begriff in Absetzung vom Verständnis „bürgerlicher Gesellschaft“ als rein ökonomischer *bourgeois* - Gesellschaft gebraucht wird, ist umstritten und dürfte letztlich vom jeweiligen Verwendungskontext abhängen – vgl. z. B. Kocka, *Zivilgesellschaft*, S. 17; C. Hann, „Zivilgesellschaft oder Citizenship? Skeptische Überlegungen eines Ethnologen“, in: Hildermeier/ Kocka/ Conrad, *Europäische Zivilgesellschaft*, S. 85-112, hier: S. 88.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. Cohen/Arato, *Civil Society*, S. 417f.; siehe für eine Anwendung dieser Konzeptualisierung auf die internationale Ebene: J. Boli, „Conclusion: World Authority Structures and Legitimations“, in: ders./G. M. Thomas, *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford 1999, S. 267-300.

Dennoch erscheint ein derart enges Verständnis von Zivilgesellschaft aus mehreren Gründen nicht angemessen und soll daher hier in einigen Aspekten modifiziert werden:

1. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass sich die Steuerungsmedien von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft häufig überschneiden. Die Zivilgesellschaft ist nicht nur ein Forum zwangloser Kommunikation, sondern wird ebenso von ökonomischen, politischen und kulturellen Machtansprüchen bestimmt.<sup>11</sup> Sie ist Schauplatz von Hegemonie und Unterordnung, und zur Eindämmung der daraus resultierenden Konflikte wurde und wird der Staat auf den Plan gerufen. Diese besonders von Marx und Gramsci betonte Tatsache lässt sich zwar mit Verweis auf den lediglich idealtypischen Charakter der Unterscheidung der drei Sphären relativieren, doch birgt dies gerade aus historischer Sicht die Gefahr, dass potentielle Zusammenhänge durch begriffliche Vorentscheidungen aus dem Blick geraten. Daher erscheint es plausibler, auch die europäische Zivilgesellschaft von vornherein in einem Spannungsverhältnis zwischen herrschaftsfreier Kommunikation und wechselseitiger Machtausübung zu sehen.

2. Eng verbunden mit diesen Überlegungen stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, die Orientierung am Gemeinwohl als konstitutives Merkmal von Zivilgesellschaft zu akzentuieren. Es soll nicht bestritten werden, dass Bürgersinn und Solidarität als Ausdrucksformen einer auf die gesamte soziale Gemeinschaft bezogenen kollektiven Identität durch zivilgesellschaftliche Organisationen befördert werden können. Eine einseitige Betonung, zumal, wenn sie auf transnationaler Ebene die NGO zu Advokaten der „Menschheit“ erklärt<sup>12</sup>, läuft jedoch Gefahr, das seit der Aufklärung mitschwingende utopische Ideal einer Zivilgesellschaft als (Welt)-Bürgergesellschaft zum entscheidenden Maßstab historischer Analyse zu machen. Gegen eine solche normative Ausrichtung spricht jedoch, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den allermeisten Fällen auch Ausdrucksformen partikularer Weltansichten waren. Hegel hat zu Recht betont, dass es gerade diese partikularistischen „Korporationen“ sind, die zur sozialen Integration der Gesellschaft entscheidend beitragen. Die Kehrseite hiervon ist allerdings, dass es sich um partikulare, oft milieuspezifische Identitäten handelt, die die Abgrenzung von anderen Gruppen mit sich bringen – der Unternehmerverbände von den Gewerkschaften, der protestantischen von den katholischen Organisationen usw. Tatsächlich zeigt die europäische Geschichte der letzten zweihundert Jahre eine permanente Dialektik von zivilgesellschaftlicher Inklusion und

---

<sup>11</sup> B. Edwards/M. W. Foley, „Civil Society and Social Capital beyond Putnam“, *American Behavioural Scientist*, Jg. 42 (1998), S. 124-139, hier: S. 126f.

<sup>12</sup> J. Boli/ G. M. Thomas, „INGOs and the Organization of World Culture“, in: dies., *Constructing World Culture*, S. 13-49, hier: S. 36.

Exklusion.<sup>13</sup> Daher sollte der Begriff auch im transnationalen, europäischen Kontext so gefasst werden, dass er die für kollektive Identitätsbildung konstitutive Funktion der Abgrenzung nach außen einbezieht, indem zivilgesellschaftliche Organisationen sowohl als ein Forum für die Konstruktion partikularer europäischer „Wir-Gefühle“, als auch für deren Vermittlung konzeptualisiert werden. Einzubeziehen wäre dabei die Außendimension: In welcher Weise definierten die Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft ihr Verhältnis zu außereuropäischen Akteuren, und welche Rolle spielte dieses Außenverhältnis für die innereuropäische Kohäsion?

3. Es spricht sicher manches dafür, die unmittelbare ökonomische Produktionssphäre aus dem Begriff der Zivilgesellschaft herauszuhalten. Man sollte jedoch nicht so weit gehen, auch die auf die Formulierung und Durchsetzung ökonomischer Interessen gerichteten Aktivitäten wirtschaftlicher Interessenverbände auszuklammern. Die Überbetonung des Ökonomischen, die seit Marx im alten Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“ mitschwang, sollte nun im neuen Konzept Zivilgesellschaft nicht mit der völligen Verbannung des *bourgeois* durch den *Citoyen* umgekehrt werden. Wie noch näher zu zeigen sein wird, war die räumliche Ausweitung ökonomischer Tätigkeit seit dem 19. Jahrhundert eine der wichtigsten Voraussetzungen und Triebkräfte für die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft. Darüber hinaus würde gerade die Untersuchung von Organisationen mit wirtschaftsbezogenen Aktivitäten den analytischen Brückenschlag zwischen materiellen Lebenslagen und der Erzeugung milieuspezifischer Solidaritäten erlauben und böte daher günstige Anschlussmöglichkeiten an andere Forschungszusammenhänge, etwa zur bereits erwähnten Frage transnationaler Identitäten.

4. In Anlehnung an Jürgen Kocka lässt sich formulieren, dass die Zivilgesellschaft durch ihr Verhältnis zum Staat mit definiert ist und dass sie daher nicht in strikter Abgrenzung zum Staat als außerpolitische Sphäre gesellschaftlicher Selbstorganisation konzeptualisiert werden sollte.<sup>14</sup> Stattdessen erscheint es mit Blick auf die Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts sinnvoll, die Beziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur politischen Macht als Doppelverhältnis zu interpretieren: Einerseits sind tatsächlich vielfältige Elemente gesellschaftlicher Selbstregulierung nicht zu übersehen, ob im Bereich der Marktökonomie, der Hochschulen oder der Kirchen: Zivilgesellschaftliche Organisationen gestalteten ihre jeweiligen Sphären bis zu einem gewissen Grad autonom und forderten von der staatlichen Macht eine Politik der Nichtintervention. Auf der anderen Seite war die Zivilgesellschaft aber konstitutiv auf den Staat angewiesen, auf dessen rechtliche Garantien und finanzielle Hilfen,

---

<sup>13</sup> Vgl. Kocka, *Zivilgesellschaft*, S. 29ff.

auf dessen schützendes Eingreifen zum Ausgleich innergesellschaftlicher Konflikte. Darüber hinaus bildete der Staat den Fokus der politischen Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Besonders in Nord- und Mitteleuropa kam es dabei seit den 1950er Jahren zu zahlreichen Formen der Verflechtung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, am sichtbarsten in den korporatistischen Arrangements zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern.<sup>15</sup> Es empfiehlt sich mithin, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft auch auf europäischer Ebene in dem beschriebenen doppelten Sinne zu fassen.

Es kann im Folgenden nicht darum gehen, eine derartige Konzeptualisierung der europäischen Zivilgesellschaft in erschöpfender Weise empirisch abzuarbeiten. Nur ausgewählte Elemente werden in einer ersten Annäherung dargestellt werden können. Dabei soll zunächst ein Überblick über die Evolution der europäischen Zivilgesellschaft sowie über einige wichtige Teilbereiche gegeben werden. Im Anschluss werden zwei Dimensionen stärker vertieft, einerseits die Frage nach der zivilgesellschaftlichen Konstruktion europäischer Identität(en), andererseits das Verhältnis der europäischen Zivilgesellschaft zur politischen Macht.

## **Die europäische Zivilgesellschaft: Eine empirische Bestandsaufnahme**

### ***1. Chronologischer Überblick***

In längerer historischer Perspektive kann die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft zunächst als ein Ergebnis der mit Modernisierungsprozessen einhergehenden Internationalisierung von Erfahrungshorizonten europäischer Eliten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts interpretiert werden. Die Industrialisierung brachte eine zunehmende Integration der Weltwirtschaft über Transfers von Gütern, Technologien und Kapital mit sich, ab der Jahrhundertwende auch erste transnationale Konzerne. Weltausstellungen und Messen entwickelten sich zu wichtigen Orten des Austauschs.<sup>16</sup> Die nationalen Regierungen hatten das Freihandelsprinzip als Quelle nationalen Reichtums entdeckt. Es kam zu einer spürbaren

---

<sup>14</sup> Ebd. S. 24.

<sup>15</sup> Vgl. Taylor, *Die Beschwörung*, S. 68ff.; Pérez-Díaz, *The Return*, S. 75ff.; vgl. für die Niederlande als einem extremen Fall der Verflechtung von Staat und Zivilgesellschaft: T. Nijhuis, „So nah – so fern: Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland“, in: Hildermeier/ Kocka/ Conrad, *Europäische Zivilgesellschaft*, S. 219-244.

<sup>16</sup> Vgl. S. Pollard, „The Integration of European Business in the ‚Long‘ Nineteenth Century“, in: U. Olsson (Hg.), *Business and European Integration since 1800. Regional, National and International Perspectives*, Göteborg 1997, S. 13-27.

Ausweitung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Darüber hinaus erzeugte die Modernisierung in vielen Ländern ähnliche Problemlagen, die einen verstärkten internationalen Austausch nahe legten.<sup>17</sup>

Vor diesem Hintergrund und wesentlich erleichtert durch neue Kommunikationsmittel wie Eisenbahn und Telegraph entstand ab den 1850er Jahren ein immer dichter werdendes Netz internationaler Nichtregierungsorganisationen.<sup>18</sup> Dominiert wurde diese neue Weltbürgerschicht vom rationalistischen Fortschrittsgeist; in ihrer großen Mehrzahl waren die Organisationen, oft in enger Verschränkung mit staatlichen Akteuren, auf der Suche nach Lösungen für ökonomische oder technische Probleme, etwa denjenigen, die einer Ausweitung des internationalen Handels im Wege standen.<sup>19</sup> Auf der anderen Seite speisten sich die NGO-Gründungen jedoch von Anfang an auch aus dem Engagement gegen die Schattenseiten moderner Rationalität und aus den erwachsenden kulturellen Kompensationsbedürfnissen, wie sich an der Entstehung einer internationalen Umwelt- und Sportbewegung ablesen lässt.<sup>20</sup>

Angesichts des starken europäischen Einflusses innerhalb dieser internationalen NGO stellt sich die Frage, ob wir es hier bereits mit einer ersten Phase der Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft zu tun haben. Tatsache ist jedoch, dass die von Lateinamerika ausgehende Tendenz zur Regionalisierung von NGO erst in der Zwischenkriegszeit und in Europa erst nach 1945 einsetzte.<sup>21</sup> Ungeachtet der Dominanz europäischer Nationen in den internationalen Netzwerken vor dem Zweiten Weltkrieg waren doch oft auch Organisationen aus den Vereinigten Staaten, Japan oder Lateinamerika in Wirtschaftskartellen, wissenschaftlichen Akademien oder Urbanistenverbänden vertreten<sup>22</sup>, was darauf hindeutet, dass diese Organisationen von den Zeitgenossen letztlich nicht als genuin europäische, sondern internationale Foren angesehen wurden. Dafür spricht auch die Tatsache, dass noch nach 1945 die Gründung europäischer NGO oft lebhaft vor dem Hintergrund möglicher Gefahren für die Funktionsfähigkeit der internationalen Organisationen debattiert wurde.<sup>23</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. etwa zur Urbanisierung: A. Sutcliffe, *Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France, 1780-1914*, Oxford 1981, S. 163ff.

<sup>18</sup> Vgl. als Überblick: Boli/Thomas, *INGOs and the Organization*.

<sup>19</sup> Als Prototyp hierfür dürfen die internationalen Organisationen zur Standardisierung von technischen Normen gelten – vgl. T. A. Loya/ J. Boli, „Standardization in the World Polity: Technical rationality over power“, in: Boli/Thomas, *Constructing World Culture*, S. 169-197.

<sup>20</sup> Vgl. D. J. Frank, „The Rationalization and Organization of Nature in World Culture“, in: ebd. S. 81-99; C. Eisenberg, „The Rise of Internationalism in Sports“, in: M. H. Geyer/J. Paulmann (Hg.), *The mechanics of Internationalism. Culture, Society and Politics from the 1840s to World War I*, Oxford 2000, S. 367-395.

<sup>21</sup> Boli/ Thomas, *INGOs and the Organization*, S. 30f.

<sup>22</sup> Vgl. Sutcliffe, *Towards the Planned City*, S. 163f.; A. Kudo/T. Hara (Hg.), *International Cartels in Business History*, Tokio 1992.

<sup>23</sup> Vgl. z. B. für die föderalistische Europabewegung: J.-F. Billion, „I movimenti mondialisti e l'integrazione europea“, in: S. Pistone (Hg.), *I Movimenti per L'Unità Europea dal 1945 al 1954. Atti del Convegno internazionale Pavia 19-20-21 ottobre 1989*, Mailand 1992, S. 271-300.

Mit diesen Überlegungen ist zugleich schon ein zentrales Charakteristikum der europäischen Zivilgesellschaft benannt, das im Folgenden im Auge zu behalten sein wird: Sie befindet sich auf einer mittleren Ebene zwischen Nationalstaat und „Weltgesellschaft“, und ihre Genese war daher oft Zusammenschluss und Abspaltung zugleich.

Nach einem vorsichtigen Start in der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte der Gründungsboom Mitte der 1950er Jahre ein und erreichte zwischen 1958 und 1964 sowie Mitte der siebziger Jahre seine beiden Höhepunkte. Seitdem wuchs die Zahl europäischer NGO in relativ gleichbleibendem Tempo. Nach politikwissenschaftlichen Schätzungen waren Mitte der neunziger Jahre rund 500 Euro-Organisationen aktiv.<sup>24</sup> Man wird dabei grob zwischen vier verschiedenen Kategorien unterscheiden können, erstens den militanten Bewegungen zur Verbreitung der Europaidee, sodann den wirtschaftlichen Interessenverbänden, drittens jenen Gruppen, die sich politisch für nicht-ökonomische Anliegen engagierten, schließlich den eher auf internen gegenseitigen Austausch fokussierten Netzwerken in Wissenschaft, Kultur, Religion oder Sport. Der gegenwärtige Forschungsstand legt dabei eine Periodisierung in zwei Phasen nahe. In den fünfziger und sechziger Jahren ergibt sich das Bild einer europäischen Zivilgesellschaft, die fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Interessenverbänden bestand. In einer zweiten Phase kam es ab den 1970er Jahren dann auch zu einer verstärkten europaweiten Organisation von nicht-ökonomischen Lobbygruppen sowie von Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Religion. Dennoch wird die europäische Zivilgesellschaft auch heute noch zu zwei Dritteln von Wirtschaftsorganisationen dominiert.<sup>25</sup> Insbesondere in der politikwissenschaftlichen Forschung wird diese Tatsache im wesentlichen auf die beschleunigte Internationalisierung der Wirtschaft sowie auf den Charakter der europäischen politischen Integration als einer überwiegend ökonomischen Kooperation zurückgeführt. Oft wird eine verstärkte Organisation auf europäischer Ebene in erster Linie als Reflex auf veränderte institutionelle Rahmenbedingungen der EG-Politik gedeutet, etwa auf veränderte Abstimmungsprozeduren im Ministerrat oder Kompetenzerweiterungen der Kommission und des europäischen Parlaments.<sup>26</sup>

Wenn auch dieses Argument, insbesondere in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, für weite Teilbereiche Gültigkeit beanspruchen kann, erscheint es dennoch aus mehreren

---

<sup>24</sup> Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in diese Schätzungen vermutlich nicht alle, sondern nur jene europäischen Organisationen einbezogen werden, die im strengen Sinne als politische Lobbygruppen agierten – vgl. J. Greenwood, *Representing Interests in the European Union*, Basingstoke 1997, S. 3f.; R. Tiedemann, *Aufstieg oder Niedergang von Interessenverbänden? Rent-Seeking und europäische Integration*, Baden-Baden 1993, S. 35f.

<sup>25</sup> Greenwood, *Representing Interests*, S. 177ff.; natürlich ist eine solche auf Quantifizierung beruhende Aussage insofern irreführend, als große nicht-ökonomische NGO wie die Kirchen aus historischer Perspektive ein ungleich höheres Gewicht haben als spezialisierte Wirtschaftslobbys.

Gründen zu kurz gegriffen: Erstens wird man nicht vernachlässigen dürfen, dass seit den fünfziger Jahren neben den EG-Institutionen in Brüssel noch andere europaweite politische Organisationen existierten, die, wie etwa der Europarat, von Anfang an beträchtliche Anstrengungen für eine Ausweitung nicht-ökonomischer Kooperation unternahmen.<sup>27</sup> Zweitens übergeht diese These den oben skizzierten Doppelcharakter zivilgesellschaftlicher Organisationen in ihrem Verhältnis zur politischen Macht. Auch im europäischen Kontext lag einem Teil der NGO-Gründungen weniger der Wunsch zugrunde, politischen Einfluss zu nehmen, sondern vielmehr das Bestreben nach europaweiter Organisation bei weitgehender Autonomie gegenüber der politischen Sphäre.

Bevor mit der Erörterung einzelner Aspekte der europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen begonnen wird, sollen noch zwei generelle Merkmale ihrer historischen Entwicklung hervorgehoben werden. Zum einen handelt es sich dabei um einen deutlichen Trend zu immer weiterer Ausdifferenzierung der Organisationen, besonders ausgeprägt im Bereich der Wirtschaftsverbände, aber unübersehbar z. B. auch innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen.<sup>28</sup> Dieser Trend ist nicht spezifisch europäisch, sondern lässt sich auch auf nationaler Ebene unschwer erkennen.

Andererseits ist die europäische Zivilgesellschaft im Gegensatz zu ihren nationalen Pendanten ihrem Charakter nach indirekter und stärker vermittelt geblieben. Rund zwei Drittel der europäischen NGO waren Föderationen, deren Mitglieder nicht individuelle Personen oder Institutionen sind, sondern die entsprechenden nationalen Verbände. Umgekehrt heißt dies, dass Mitgliedsbeiträge oder Spenden nur in rund einem Drittel der Fälle direkt an die europäische Organisation überwiesen wurden. Auch die inhaltliche Arbeit blieb oft sehr stark über die nationalen Verbände vermittelt. Abstimmungen unterlagen in der Regel dem Konsensprinzip. Zwar scheint seit Mitte der achtziger Jahre innerhalb der europäischen Wirtschaftsverbände ein Umschwung in Richtung einer direkteren Interessenvertretung im Gange zu sein, doch handelt es sich hierbei aus historischer Sicht um einen sehr jungen Trend, dessen Ergebnisse noch kaum absehbar sind.<sup>29</sup> In das Bild eines stärker vermittelten Charakters der europäischen Zivilgesellschaft passt zusätzlich die Tatsache, dass viele

---

<sup>26</sup> Vgl. z. B. ebd. S. 58.

<sup>27</sup> Vgl. A.-M. Autissier, *L'Europe culturelle en pratique*, Paris 1999, S. 56ff.

<sup>28</sup> So existierten allein in der europäischen Chemieindustrie Ende der achtziger Jahre neun Branchenorganisationen und rund 60 stärker spezialisierte europäische Verbände. Zur Vertretung regionaler Interessen bildeten sich neben zwei Dachverbänden zuletzt auch Organisationen der Grenz-, Küsten- und Weinbauregionen oder EUROCITIES, ein Zusammenschluss europäischer Großstädte – vgl. Greenwood, *Representing Interests*, S. 216ff.; allgemein zum Prozess der Ausdifferenzierung: R. Eising/B. Kohler-Koch, „Inflation und Zerfaserung: Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft“, in: W. Streeck (Hg.), *Staat und Verbände*, PVS-Sonderheft 25 (1994), S. 175-206.

nationale und teilweise auch regionale Organisationen ihre europäischen Aktivitäten nicht auf die Mitgliedschaft in der jeweiligen europäischen NGO beschränken, sondern zusätzlich eigene Büros in Brüssel oder Strasbourg unterhielten.

## **2. Teilbereiche der europäischen Zivilgesellschaft<sup>30</sup>**

### **a. Wirtschaftsverbände**

Wirtschaftsverbände bildeten seit den 1950er Jahren den dominierenden Zweig der europäischen Zivilgesellschaft. Früher als in den meisten anderen gesellschaftlichen Bereichen schlossen sich Unternehmer und Industrielle auf europäischer Ebene zusammen. Dabei konnte an Annäherungstendenzen der nationalen Verbände schon in der Zwischenkriegszeit, etwa im Rahmen internationaler Kartelle oder der Diskussionen um eine europäische Zollunion, angeknüpft werden.<sup>31</sup> Es überwog klar die pragmatische Perzeption ökonomischer Interessen. Zwei Überlegungen standen im Vordergrund: Zum einen setzte sich der Gedanke durch, dass der Wohlstand der europäischen Nationen zunehmend von ihrer wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung abhängt. Zum anderen nährte der Blick über

---

<sup>29</sup> Vgl. für Fallbeispiele zu einzelnen Sektoren: J. Greenwood (Hg.), *European Casebook on Business Alliances*, London 1995.

<sup>30</sup> Im folgenden werden beispielhaft die europäischen Organisationen von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen behandelt. Vgl. zu den neuen sozialen Bewegungen die Beiträge von Susan Zimmermann, Dieter Rucht und Ingrid Gilcher-Holtey in diesem Band. Vgl. zur Europabewegung: C. Webb, „Europeanism and European Movements“, in: M. Kolinsky/W. E. Paterson, *Social and Political Movements in Western Europe*, London 1976, S. 304-330; S. Pistone, *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1945 al 1954*; ders. (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1955 al 1969*, Mailand 1996; A. Landuyt/D. Preda (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea 1970-1986*, 2 Bde., Bologna 2000; vgl. zu Wissenschafts- und Kulturorganisationen den Beitrag von Alexander Schmidt-Gernig in diesem Band sowie K.-G. Giesen, „Europäische Großforschungsorganisationen und transnationale Wissenschaftsinteressenvermittlung“, in: V. Eichener/H. Voelzkow, *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung*, Marburg 1994, S. 419-451; J. Krige/D. Pestre, *History of CERN*, 2 Bde., Amsterdam/Oxford 1987/1990; G. Darmon, „The European Science Foundation: Towards a History“, in: J. Krige/L. Guzzetti, *History of European Scientific and Technological Co-operation*, Luxemburg 1997, S. 381-401, E. du Réau, „La Conférence des recteurs des Universités européennes: une expérience pionnière de coopération universitaire“, in: A. Bachoud/ J. Cuesta/ M. Trebitsch, *Les Intellectuels et L'Europe de 1945 à nos jours*, Paris 2000, S. 243-254; J.-M. Palayret, „Une Université pour L'Europe: les origines de l'Institut universitaire européen de Florence (1948-1976)“, in: ebd. S. 225-242.; C. Vermeulen, *Le Collège d'Europe à l'ère des pionniers (1950-1960)*, Brüssel 2000; P. M. Lützel, *Die Schriftsteller und Europa: Von der Romantik bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Baden-Baden 1998, insb. S. 316ff., 364ff.; A. Bachoud/M. Trebitsch, „Le paradoxe européen des intellectuels“, in: Bachoud/Cuesta/Trebitsch, *Les Intellectuels*, S. 11-17; K. Schubert/ N. Bandelow, „Neue Netze und fremde Gewässer: Networking für eine europäische Kulturpolitik“, in: Eichener/Voelzkow, *Europäische Integration*, S. 597-615, insb. S. 601ff, G. Pehn, *Networking Culture. The role of European cultural networks*, Strasbourg 1999.

<sup>31</sup> Vgl. E. Bussière/M. Dumoulin, „L'émergence de l'idée d'identité économique européenne d'un après-guerre à l'autre“, in: R. Girault (Hg.), *Identité et conscience européennes au XXe siècle*, Paris 1994, S. 65-102, insb. S. 70ff.; P. Krüger, „Die Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg“, in: H. Berding (Hg.), *Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1984, S. 149-168.

den Atlantik die Überzeugung, dass Europa nur in einem gemeinsamen Markt im ökonomischen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten Schritt halten könne.<sup>32</sup>

Als dominantes Merkmal des ökonomischen Strangs der europäischen Zivilgesellschaft tritt sodann die schon erwähnte branchenspezifische Ausdifferenzierung hervor. In quantitativer Hinsicht kommt diese in der seit 1945 stark gewachsenen Zahl hochspezialisierter Wirtschaftsverbände zum Ausdruck. Qualitativ lässt sich beobachten, dass die auf europäischer Ebene entwickelten Konzepte und Aktionsmuster in erster Linie pragmatisch auf Marktentwicklungen innerhalb der jeweiligen Branche reagieren. In schematischer Form können diese in drei Ansätzen zusammengefasst werden - einen marktwirtschaftlich-liberalen, einen planwirtschaftlich-protektionistischen sowie einen Ansatz, der eine Marktsteuerung durch Produzentenkartelle favorisierte. Diese Vorstellungen knüpften oft an Konzepte der Zwischenkriegszeit an, wenn auch anzumerken ist, dass nach 1945 der liberale Ansatz gegenüber den beiden anderen klar vorherrschend wurde, vor allem aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs des gemeinsamen europäischen Marktes, aber auch wegen des starken Engagements der Vereinigten Staaten für das Freihandelsprinzip nicht nur in Westeuropa. Erst im Zuge der Auseinandersetzungen in der Welthandelsorganisation GATT lebte der Gedanke des Protektionismus wieder stärker auf.<sup>33</sup>

Klassische Beispiele für einen prononciert liberalen Ansatz in Europa waren Banken, Versicherungen und Großhandel als Branchen, die besonders stark von internationaler Offenheit der Güter- und Kapitalmärkte abhängig sind.<sup>34</sup> Eine wirtschaftliche Regulierung durch Produzentenkartelle wurde vor allem in der europäischen Stahlindustrie verfochten. In direkter Anknüpfung an die Kartelltraditionen der Zwischenkriegszeit versuchten die Produzenten seit den 1950er Jahren mit wechselndem Erfolg immer wieder, die strikten Wettbewerbsvorschriften der Hohen Behörde der EGKS zu umgehen, nicht zuletzt in der Hoffnung, auf diese Weise auch die jeweiligen nationalen Kartelle vor der Zerschlagung retten zu können.<sup>35</sup> Die europäische Landwirtschaft bildete von Anfang an den Prototyp des planwirtschaftlich-protektionistischen Ansatzes, der jedoch bisweilen auch in Branchen wie der Kohle- und Textilindustrie anzutreffen war. Die europäischen Bauernverbände setzten mit Erfolg durch, dass die EG-Agrarmärkte über produktspezifische Marktordnungen mit

---

<sup>32</sup> Bussière/Dumoulin, *L'émergence*, S. 68f.

<sup>33</sup> Ebd. S. 76f.

<sup>34</sup> Vgl. z. B. M. Schulz, „The Merton plan for a European central bank system: German commercial elites and the beginning of European integration (1947-57)“, in: G. Bussière/M. Dumoulin, *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 85-104.

<sup>35</sup> Vgl. J. Gillingham, *Coal, Steel and the rebirth of Europe, 1945-55: the Germans and French from Ruhr conflict to economic community*, Cambridge 1991, S. 26ff., 285ff.; P. Mioche, „L'adaptation du patronat de la

Preisgarantien und Import-Schutzzöllen durch die europäische Kommission in Brüssel reguliert wurden.<sup>36</sup>

Entsprechend dieser divergierenden Ansätze waren auch die Aktionsfelder der jeweiligen Branchenorganisationen sehr verschieden: Während in den „freihändlerischen“ Milieus vor allem über die Vertiefung des gemeinsamen europäischen Marktes bis hin zur Währungsintegration sowie über die Stellung Europas in der Weltwirtschaft debattiert wurde, versuchte der Verband der europäischen Stahlindustrie EUROFER in den siebziger Jahren vergeblich, ein neues Produzentenkartell aufzubauen, diesmal unter tatkräftiger Mithilfe der EG-Kommission. Die besondere Situation in der Landwirtschaft verhalf dem 1958 gegründeten europäischen Agrarverband COPA zu einer besonders herausgehobenen Stellung. Er spielte in enger Abstimmung mit seinen nationalen Mitgliedsverbänden eine wichtige Rolle bei den jährlichen Agrarpreisverhandlungen der europäischen Landwirtschaftsminister.<sup>37</sup>

Neben dieser branchenspezifischen Ausprägung entwickelten sich die europäischen Wirtschaftsverbände auch in doppelgleisigen Organisationsstrukturen. Auf der einen Seite standen die offiziellen Zusammenschlüsse der nationalen Verbände. Im Bereich von Industrie und Dienstleistungen gab es bereits seit 1949 eine europäische Dachorganisation der Unternehmer, der dann Ende der fünfziger Jahre in der „Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas“ (UNICE) aufging.<sup>38</sup> Unterhalb der Dachebene bildeten sich ähnliche Föderationen in allen wichtigen Branchen heraus. Diese erste Gruppe von Organisationen war hauptsächlich damit beschäftigt, die Interessen der nationalen Verbände in koordinierter Form gegenüber den politischen Institutionen zu vertreten. Darüber hinaus ist der Dachverband UNICE seit den sechziger Jahren verstärkt in die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik involviert worden. Im Sinne der in den ökonomischen Milieus vorherrschenden Freihandelsdoktrin setzte er sich für eine Fortsetzung der ökonomischen

---

sidérurgie française à l'intégration européenne de 1945 à 1967“, in: M. Dumoulin/R. Girault/G. Trausch (Hg.), *L'Europe du Patronat. De la guerre froide aux années soixantes*, Bern/Berlin 1990, S. 63-77.

<sup>36</sup> Vgl. G. Noel, „Le protectionnisme: Moteur d'une solidarité agricole et alimentaire européenne au XXe siècle?“, in: Bussière/Dumoulin, *Milieus économiques*, S. 393-408; ders., *France, Allemagne et 'Europe verte'*, Bern/Berlin 1995, S. 52ff.

<sup>37</sup> Vgl. M. Dumoulin/A.-M. Dutrieu, *La Ligue Européenne de Coopération économique (1946-1981). Un groupe d'étude et de la pression dans la construction européenne*, Bern/Berlin 1993, S. 74ff., 120ff.; T. Grunert, „Decision-Making Processes in the Steel Crisis Policy of the EEC: Neocorporatist or Integrationist Tendencies?“, in: Y. Meny/ V. Wright (Hg.), *The Politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974-1984)*, Berlin/New York 1987, S. 222-307, hier: S. 265ff.; W. F. Averyt, *Agropolitics in the European Community. Interest Groups and the Common Agricultural Policy*, New York/London 1977, insb. S. 102ff.

<sup>38</sup> Daneben entwickelten sich branchenübergreifende, aber stärker fokussierte Organisationen, wie etwa die Vereinigung europäischer Klein- und Mittelbetriebe oder die *Eurochambers*, ein Zusammenschluss nationaler Handelskammern – vgl. Greenwood, *Representing Interests*, S. 109, 119f.

Integration unter liberalen Vorzeichen bis zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ein. Außerdem plädierte er für eine weitere Liberalisierung des Welthandels. UNICE unterhielt regelmäßige Kontakte mit Industrieverbänden Japans und der USA. Wenig aufgeschlossen zeigte sich der Verband dagegen für einen europäischen Sozialdialog. Zwar fanden informelle Kontakte mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund schon seit den späten 60er Jahren statt, doch zu offiziellen Verhandlungen fand sich UNICE meist erst auf Druck der EG-Kommission bereit.<sup>39</sup>

Komplementär zu den offiziellen Föderationen entstanden zweitens eher informelle Industriellenclubs. Ihre Debatten und Konzepte zielten weniger auf permanente Lobbyarbeit gegenüber den europäischen Institutionen, als vielmehr auf die Erarbeitung langfristiger Strategien für die europäische Wirtschaftsintegration. Als ein Beispiel kann die „Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (LECE) gelten. Sie legte beispielsweise 1952 eine Studie über die voraussichtlichen Auswirkungen eines gemeinsamen europäischen Marktes vor.<sup>40</sup> Darüber hinaus wurden von der Liga schon in den 50er Jahren detaillierte Konzepte für eine europäische Währungsintegration erarbeitet. Eine ähnliche Rolle wie LECE spielte in den 80er Jahren der sogenannte „*European Round Table of Industrialists*“ (ERT), dessen 1985 veröffentlichte Studie „Europa 1990“ bereits viele Elemente des späteren Binnenmarktprogramms enthielt. Daneben präsentierte der ERT auch Strategien für eine europäische Infrastruktur- und Forschungspolitik.<sup>41</sup>

#### b. Gewerkschaften

Die Gewerkschaften formierten sich trotz ihrer langen Tradition transnationaler Zusammenarbeit erst mit der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) 1973 als eigenständige Kraft auf europäischer Ebene. Zuvor hatten seit den 50er Jahren lediglich europäische Regionalorganisationen innerhalb der christlichen und sozialistischen Internationalen sowie gewerkschaftliche Lobbygruppen in den Gremien von EGKS und EWG bestanden; die kommunistischen Gewerkschaften lehnten eine Institutionalisierung in Europa gänzlich ab. Ursächlich für diese Zurückhaltung waren, abgesehen von internen Divergenzen,

---

<sup>39</sup> Vgl. H.-W. Platzer, *Unternehmensverbände in der EG. Ihre nationale und transnationale Organisation und Politik*, Kehl/Strasbourg 1984, S. 136ff.; M. Matyja, *Der Einfluss der Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) auf den Entscheidungsprozess der EU*, Bern/Berlin 1999, S. 111ff.

<sup>40</sup> Vgl. Dumoulin/Dutrieue, *La Ligue*; für einen weiteren informellen Industriellenclub: A.-M. Dutrieue, „Le CEPES, un mouvement patronal européen? (1952-1967)“, in: Dumoulin/Girault/Trausch, *L'Europe du Patronat*, S. 213-229.

<sup>41</sup> M. Green Cowles, „The European Round Table of Industrialists. The Strategic Player in European Affairs“, in: Greenwood, *European Casebook*, S. 225-236.

zum einen die Enttäuschung über die schwach ausgeprägte soziale Dimension in der EG-Politik und die geringen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf europäischer Ebene, zum anderen aber auch die seit 1945 durch Vollbeschäftigung, Massenkonsum und Wirtschaftsdemokratie forcierte Integration der Arbeiterbewegungen in die Nationalstaaten. Daneben spielten Bedenken eine Rolle, durch einen zu starken Fokus auf Europa könnte die internationale Gewerkschaftsbewegung geschwächt werden. Erst seit Ende der sechziger Jahre setzte ein Meinungsumschwung ein. Nach dem Rückzug de Gaulles und dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik nährten die Beschlüsse des Europäischen Gipfeltreffens von den Haag die Hoffnung auf ein sozialeres und gewerkschaftsfreundliches Europa. Zudem setzte sich die Überzeugung durch, dass man angesichts der stark zunehmenden Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften mehr Gegenmacht gegen die schon länger auf europäischer Ebene tätigen Unternehmerverbände mobilisieren müsse.<sup>42</sup>

Neben der Dachebene entwickelte sich die europäische Gewerkschaftsbewegung sukzessive auch in einer zweiten Richtung, denn es kam auch in den meisten Branchen zur Bildung von europäischen Strukturen, besonders ausgeprägt in der Metallindustrie. Zudem bildeten sich in vielen europäischen Grenzregionen bi- oder trinationale Gewerkschaftsräte heraus.<sup>43</sup>

In ihren Debatten und Aktionen verfolgten die Gewerkschaften auf europäischer Ebene die oft auch national anzutreffende Doppelstrategie der Arbeiterbewegung: Einerseits wurde der Kontakt zu den europäischen Institutionen gesucht, um auf legislativem Wege sozialpolitische Ziele sowie eine Verbesserung des rechtlich-politischen Rahmens für die Gewerkschaften (z. B. Festschreibung von Sozialdialog oder Streikrecht auf europäischer Ebene) durchzusetzen. Andererseits ging es darum, über eine verstärkte Kooperation zwischen den nationalen Mitgliedsverbänden und koordinierte Arbeitskampfaktionen „von unten“ in direkte Verhandlungen mit den europäischen und/oder nationalen Arbeitgebern einzutreten. Freilich blieb die konkrete Akzentsetzung zwischen den nationalen Mitgliedsgewerkschaften oft stark umstritten, und der EGB schwankte in seiner strategischen Orientierung mehrfach zwischen einem rechtlich-institutionellen und einem stärker aktionsgeprägten Ansatz hin und her.<sup>44</sup>

Inhaltlich lassen sich drei große Aktionsfelder der europäischen Gewerkschaftsbewegung benennen: Erstens gab es eine permanente und kontroverse Debatte über die Frage der

---

<sup>42</sup> Vgl. C. Gobin, *Consultation et concertation sociales à l'échelle de la Communauté économique européenne. Etude des positions et stratégies de la Confédération européenne des syndicats (1958-1991)*, Brüssel 1996, S. 9ff.; E. J. Kirchner, *Trade Unions as a pressure group in the European Community*, Westmead 1977, S. 12ff. H.-W. Platzer, *Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? Die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre*, Bonn 1991.

<sup>43</sup> Vgl. I. Stöckl, *Gewerkschaftsausschüsse in der EG: die Entwicklung der transnationalen Organisation und Strategie der europäischen Fachgewerkschaften und ihre Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen der europäischen Gemeinschaft*, Kehl/Strasbourg 1986.

Arbeitnehmervertretung in multinationalen Unternehmen. Sie knüpfte an frühere Diskussionen der internationalen Gewerkschaftsorganisationen an. Seit den frühen siebziger Jahren gab es immer wieder Vorschläge für die Schaffung europäischer Betriebsräte, doch waren diese nicht nur gewerkschaftsintern oft umstritten, sondern stießen auch bei den europäischen Arbeitgebern und vielen nationalen Regierungen auf wenig Gegenliebe, so dass es erst 1994 zur Verabschiedung einer entsprechenden europäischen Richtlinie kam. Mit ausgewählten europäischen Großkonzernen wurden allerdings schon Mitte der achtziger Jahre freiwillige Vereinbarungen zur Arbeitnehmervertretung abgeschlossen.<sup>45</sup>

Zweitens unternahmen der EGB und die Branchengewerkschaften Anstrengungen für eine europäische Koordinierung von Tarifverhandlungen. Es wurden Datenbanken über die verschiedenen nationalen Systeme angelegt, um nach Wegen zu ihrer Kompatibilisierung zu suchen. Zum Abschluss von europäischen Kollektivverträgen kam es jedoch nur in Ausnahmefällen, wie etwa in den frühen siebziger Jahren mit einem Abkommen über die Wochenarbeitszeit im Agrarsektor. Im allgemeinen blieben viele nationale Mitgliedsverbände skeptisch gegenüber der Idee europäischer Kollektivverträge.<sup>46</sup>

Drittens engagierte sich der EGB in einem sozialen Dialog auf europäischer Ebene. Zuerst ist hier an die sogenannten „Dreierkonferenzen“ zu denken, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre unter Beteiligung von EGB, UNICE, der Europäischen Kommission sowie den Wirtschafts- und Sozialministern der Mitgliedstaaten abgehalten wurden. Sie sollten in erster Linie nach Arrangements zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise suchen, wobei der EGB für eine keynesianisch inspirierte makroökonomische Steuerung auf europäischer Ebene plädierte. Weshalb die Dreierkonferenzen 1978 scheiterten, lässt sich aus der vorliegenden Forschungsliteratur nicht eindeutig entnehmen, ebenso wenig wie die Gründe für die Neuaufgabe des sozialen Dialogs seit Mitte der achtziger Jahre. Nach der Abdankung des Keynesianismus war dieser jedoch stärker sozial- und beschäftigungspolitisch geprägt. Sein wichtigstes Resultat war 1991 die Aufnahme eines Artikels in die EG-Verträge, wonach Abkommen der Sozialpartner auf europäischer Ebene vom Ministerrat als juristisch bindende Direktiven zu verabschieden sind.<sup>47</sup>

### c. Kirchen

---

<sup>44</sup> Vgl. Gobin, *Consultation*, S. 511ff.; 754ff.

<sup>45</sup> Vgl. Platzer, *Gewerkschaftspolitik*, S. 126f.; C. Levinson, *International Trade Unionism*, London 1972, S. 129f; H. G. Schröter, „European Integration by the German Model? Unions, Multinational Enterprise, and Labour Relations since the 1950s“, in: Olsson, *Business and European Integration*, S. 85-99, insb. S. 86ff.

<sup>46</sup> Vgl. B. Barnouin, *The European Labour Movement and European Integration*, London 1986, S. 59f.

Angesichts der prononciert pro-europäischen Haltung des Heiligen Stuhls und des sehr aktiven Engagements christlicher Politiker für die europäische Integration in der Zeit nach 1945 scheint die Vermutung naheliegend, dass die Kirchen auch eine tragende Rolle innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft gespielt haben.

Tatsächlich jedoch sind die christlichen Konfessionen bei der Gründung europäischer Organisationen eher zögerlich gewesen. Wichtigste Ursache hierfür war die Tatsache, dass die Kirchen in einem Spannungsverhältnis zwischen Universalismus und lokaler Verankerung stehen. Daher war und ist Europa einerseits nur einer von mehreren christlichen Kontinenten und befindet sich andererseits als abstrakte Idee weit entfernt vom Alltagsleben in den Gemeinden.<sup>48</sup> Neben diesem Grundproblem gab es konfessionsspezifische Hindernisse, die einmal mehr den milieuspezifischen Charakter nicht nur gelungener, sondern auch gescheiterter transnationaler Identitätskonstruktionen verdeutlichen: Die Protestanten, ohnehin aus ihrem Entstehungskontext heraus sehr regional geprägt, hegten ein gewisses Misstrauen gegenüber der Europaidee, weil sie befürchteten, diese könne von der katholischen Kirche zu einem Angriff auf die Glaubensvielfalt des Kontinents instrumentalisiert werden. Zudem sahen sie die Gefahr einer antikommunistischen Stoßrichtung des Konzepts und damit einer Vertiefung des Ost-West-Konflikts. In den orthodoxen Kirchen Osteuropas galt die Europaidee als westlich-liberal und wurde in gewisser Weise als Bedrohung der eigenen spirituellen Identität empfunden. Gemeinsam war allen Konfessionen schließlich ihr weitgehendes Desinteresse an der ökonomisch dominierten europäischen politischen Integration.<sup>49</sup>

Wenn es dennoch zur Gründung kirchlicher Organisationen auf europäischer Ebene kam, so waren hierfür in erster Linie verschiedene Kontextfaktoren ausschlaggebend. Für die Frühzeit ist vor allem der Einfluss des Kalten Krieges hoch zu veranschlagen: So wurde eine europäische Jesuitenorganisation mit dem Ziel geschaffen, die päpstliche Konzeption eines Europas als Bollwerk gegen den Kommunismus zu verbreiten. Unter umgekehrten Vorzeichen entstand die „Konferenz europäischer Kirchen“ (KEK) vor allem aus dem Wunsch heraus, Brücken gegen die sich verschärfende Ost-West-Blockbildung zu bauen. Die

---

<sup>47</sup> Vgl. Gobin, *Consultation*, S. 443ff.; J. Grote, „Tripartism and European Integration“, in: G. Spyropoulos, *Trade Unions Today and Tomorrow, Bd. 1: Trade Unions in a Changing Europe*, Maastricht 1985, S. 231-258.

<sup>48</sup> G. Campanini, „La cultura cattolica del Novecento e l'idea d'Europa“, in: J.-D. Durand/ A. Canavero (Hg.), *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999, S. 233-246, hier: S. 243f.

<sup>49</sup> Vgl. J.-D. Durand, „Conclusioni“, in: ebd. S. 423-429, hier: S. 426f.; F.-G. Dreyfus, „Le Protestantisme contre L'Europe“, in: G. Vincent/J.-P. Williame, *Religions et transformations de l'Europe*, Strasbourg 1993, S. 127-141; V. Makrides, „Le rôle de l'Orthodoxie dans la formation de l'Antieuropéanisme et l'Antioccidentalisme grecs“, in: ebd., S. 103-116.

1959 gegründete KEK vereinte mehr als zwanzig nationale Kirchen protestantischer und orthodoxer Konfession vom Atlantik bis zum Ural unter Einschluss von Anglikanern und Calvinisten. Neben dem Ost-West-Konflikt spielte für die Gründung auch eine Rolle, dass sich in anderen Kontinenten bereits regionale Zusammenschlüsse von christlichen Kirchen gebildet hatten.<sup>50</sup>

Im Zentrum der Debatten und Aktivitäten der KEK standen Fragen wie Friedenserhaltung und Menschenrechte. Intensiv und kontrovers wurde über die Rolle der Kirche unter den politischen Bedingungen der Blockkonfrontation diskutiert, wobei es immer wieder zu Auseinandersetzungen kam, ob nicht der Rückzug in Spiritualität und Nächstenliebe, verbunden mit einer Strategie der friedlichen Koexistenz mit den kommunistischen Regierungen Osteuropas, letztlich ungewollt auf eine Stützung dieser Regime hinauslaufe.<sup>51</sup>

Ab den frühen siebziger Jahren entwickelte sich dann die ökumenische Bewegung zum treibenden Faktor der kirchlichen Organisationen auf europäischer Ebene. Auf katholischer Seite hatte das zweite Vatikanische Konzil eine stärkere Dialogorientierung namentlich gegenüber den orthodoxen Kirchen Osteuropas beschlossen, und der 1971 geschaffene „Rat der europäischen Bischofskonferenzen“ (CCEE)<sup>52</sup> entwickelte relativ intensive Kontakte zur KEK. Wenn auch die ökumenischen Bemühungen nicht ohne Irritationen blieben, brachten sie doch vor allem in den achtziger Jahren durchaus bemerkenswerte Ergebnisse: CCEE und KEK engagierten sich gemeinsam für den Friedensprozess in Nordirland und traten in einen Dialog mit den islamischen Organisationen in Europa ein. Zu Pfingsten 1989 organisierten sie in Basel eine einwöchige ökumenische Versammlung, an der fast alle europäischen Kirchen und Konfessionen teilnahmen.<sup>53</sup>

### ***3. Verhältnis der europäischen Zivilgesellschaft zur politischen Macht***

#### ***a. Zwischen Autonomiestreben und institutionellem Engagement***

---

<sup>50</sup> Vgl. P. Chenaux, *Une Europe vaticane? Entre le Plan Marshall et les Traités de Rome*, Brüssel 1990, S. 283ff; J.-P. Willaime, *Il consiglio ecumenico delle chiese e la conferenza delle chiese europee di fronte all'unificazione dell'Europa*, in: Durand/Canavero, *Il fattore religioso*, S. 141-157.

<sup>51</sup> Vgl. M. Greschat, „Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft“, in: ders./W. Loth (Hg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*, Stuttgart 1994, S. 25-96.

<sup>52</sup> Die CCEE war ein Zusammenschluss von 18 europäischen Episkopaten unter Einschluss Polens, Jugoslawiens und Ungarns – vgl. H. Steindl, „Le Conseil des Conférences Episcopales d'Europe (CCEE)“, in: Vincent/Willaime, *Religions et transformations*, S. 285-291.

<sup>53</sup> Vgl. M. Honecker, „La dimension oecuménique de l'Europe unifiée“, in: P. Koslowski (Hg.), *Imaginer l'Europe. Le marché intérieur européen, tâche culturelle et économique*, Paris 1992, S. 179-195.

Das Verhältnis zivilgesellschaftlicher Organisationen zur politischen Macht ist einleitend als ein doppeltes beschrieben worden; auf der einen Seite bildeten sie eine Sphäre der Selbstorganisation gesellschaftlicher Kräfte mit dem Anspruch auf Autonomie gegenüber dem Einfluss staatlicher Macht, auf der anderen Seite waren sie auf den Staat angewiesen und wollten selbst Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen.

Betrachtet man die europäische Zivilgesellschaft unter diesem Blickwinkel, so stellt man in wichtigen Teilbereichen ein ähnliches Spannungsverhältnis fest.<sup>54</sup> So vertrat die große Mehrheit der europäischen Wirtschaftsverbände nach 1945 im allgemeinen das Prinzip der Selbstregulierung, sei es in Form von freier Konkurrenz oder von Kartellabsprachen. In der Ablehnung allzu starker reglementierender Eingriffe durch die europäische Politik war man sich weitgehend einig, wie sich besonders am häufigen Widerstand der Unternehmerverbände gegen die Interventionen der Hohen Behörde der EGKS oder auch gegen eine europäische Sozialpolitik zeigt. Dies hinderte die Verbände freilich nicht daran, im Laufe der Zeit und oft in direkten Verhandlungen mit der Europäischen Kommission in Brüssel, eine nachdrückliche Lobbyarbeit für verbesserte wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu entfalten, beispielsweise im Hinblick auf die Forschungs- und Infrastrukturpolitik oder die Vertretung europäischer Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern. In Krisensituationen wurden immer wieder protektionistische Maßnahmen gefordert, etwa Importbeschränkungen für japanische Autos oder Unterhaltungselektronik. Intensität und Stoßrichtung der Lobbytätigkeit variierten aber je nach Branche sehr stark.<sup>55</sup>

Als Paradebeispiel für das zweischneidige Verhältnis der europäischen Zivilgesellschaft zum politischen Machtzentrum in Brüssel dürfen die Verbände zur Vertretung regionaler und lokaler Interessen gelten. Auch sie sahen sich als Anwälte zur Verteidigung kommunaler Autonomie gegen einen befürchteten Übergriff europäischer Institutionen auf die Traditionen regionaler Selbstverwaltung. So verabschiedete der „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (CCRE) schon 1953 eine „Europäische Charta für Kommunalautonomie“ mit

---

<sup>54</sup> Gegen eine solche analytische Perspektive könnte grundsätzlich eingewandt werden, dass es sich bei der EG bzw. EU nicht um einen Staat im traditionellen Sinne handle und dass daher die Anwendung einer aus dem nationalstaatlichen Kontext gewonnenen Forschungsfrage auf die europäische Ebene irreführend sei. In der Tat entbehre die EG/EU über den hier betrachteten Untersuchungszeitraum hinweg viele klassische Elemente der Staatlichkeit – sie war weder Völkerrechtssubjekt, noch verfügte sie über ein fixiertes Staatsterritorium, eine Verfassung oder eine Armee. Ihre *tax-and-spending*-Kapazität blieb sehr gering. Auf der anderen Seite hat jedoch die sozialwissenschaftliche Forschung überzeugend herausgearbeitet, dass seit Ende der fünfziger Jahre in Brüssel sukzessive ein politisches Machtzentrum mit weitreichenden Kompetenzen vor allem im regulatorischen Bereich entstanden ist, das auch für die Tätigkeit europäischer NGO eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangte. Angesichts dieser Tatsache sollte auf eine Analyse des Verhältnisses der NGO zum Brüsseler Machtzentrum nicht verzichtet werden – vgl. zur Entwicklung der EG/EU: G. Majone, „The Rise of the Regulatory State in Europe“, *West European Politics* Jg. 17 (1994), S. 77-101.

<sup>55</sup> Vgl. Mioche, *L'adaptation*, S. 70f.; Platzer, *Unternehmensverbände*, S. 150ff.; 199ff.

besonderer Betonung des Subsidiaritätsprinzips. Andererseits wurde von CCRE eine stärkere Berücksichtigung regionaler Interessen innerhalb der europäischen Institutionen gefordert und schließlich mit der Etablierung eines „Ausschusses der Regionen“ auch durchgesetzt.<sup>56</sup>

Wie im ökonomischen Bereich zeigt sich hier, dass die Spannung zwischen Autonomie- und Einflusstreben durchaus auch als Komplementärverhältnis verstanden werden kann: Die Abwehrpose gegenüber europapolitischer Intervention ließ sich problemlos mit der Einsicht verknüpfen, dass eine wirkungsvolle Vertretung der jeweiligen Verbandsinteressen nur durch eigenes europapolitisches Engagement gesichert werden konnte. Die Tatsache, dass auch die europäische Zivilgesellschaft auf einen politischen Bezugsrahmen angewiesen war, wurde mithin nicht nur anerkannt, sondern durch Lobbytätigkeit bewusst ausgenutzt.

Freilich ließ diese relativ abstrakte Formel noch viel Raum für interne Strategiedebatten: Bis zu welchem Grade war es sinnvoll und/oder wünschenswert, innerhalb der politischen Institutionen Einfluss geltend zu machen? Wann sollte man sich stattdessen auf die eigenen autonomen Handlungskapazitäten verlassen?

Solche Debatten können besonders gut am Beispiel der Gewerkschaften veranschaulicht werden. Schon im Vorfeld der EGB-Gründung 1973 kam es zu einem Grundsatzstreit, inwieweit sich die neue Organisation in EG-Institutionen engagieren sollte. Der deutsche DGB und die französische *Force Ouvrière* sahen dies als notwendig an, im Gegensatz zu den Gewerkschaften aus Nicht-EG-Ländern. Insbesondere der britische *TUC* plädierte stattdessen für die Schaffung direkter gewerkschaftlicher „Gegenmacht“ in der Auseinandersetzung mit multinationalen Konzernen. Auch nach seinem Eintritt in den EGB verweigerte der *TUC* zunächst jegliche Mitarbeit in EG-Gremien. In ähnlicher Form variierte auch das Interesse der EGB-Mitglieder an den europäischen „Dreierkonferenzen“ ab Mitte der 70er Jahre. Noch stärker umstritten waren gewerkschaftliche Initiativen zur politischen Integration des Kontinents. Allerdings scheint es, dass sich auch die Zweifler unter den europäischen Gewerkschaften, besonders deutlich im Fall des *TUC*, im weiteren Verlauf stärker mit einem Engagement in der EG-Politik angefreundet haben.<sup>57</sup>

Offensichtlich ist indes, dass sich in anderen Teilbereichen der europäischen Zivilgesellschaft die Beziehungen zur politischen Macht fast ausschließlich in der defensiven Abwehr von Eingriffen in die eigene Autonomie erschöpften, bei sehr schwach ausgeprägten Ambitionen für politische Einflussnahme. Dies gilt insbesondere für die Organisationen in Wissenschaft,

---

<sup>56</sup> Vgl. E. Paolini, „Il consiglio dei comuni d’Europa“, in: Pistone, *I Movimenti per L’Unità Europea dal 1954 al 1969*, S. 261-287; I. Smets, „Les régions se mobilisent – quel ‚Lobby régional‘ à Bruxelles?“, in: P.-H. Claeys (Hg.), *Lobbyisme, pluralisme et intégration européenne*, Brüssel 1998, S. 303-327.

<sup>57</sup> Vgl. Gobin, *Consultation*, S. 406ff.; zur Entwicklung des *TUC*: P. Teague, *Labour and Europe: The Response of British Trade Unions to membership of the European Community*, London 1984.

Kultur, Religion und Sport.<sup>58</sup> Die Wissenschaftsmilieus widersetzten sich allen Bestrebungen europapolitischer Einflussnahme auf die Belange von Forschung und Lehre. So löste sich die Konferenz europäischer Hochschulrektoren seit Ende der fünfziger Jahre aus ihrer anfänglichen Anbindung an die WEU, da man eine autonome Organisation ohne politischen Rahmen anstrebte. In ähnlicher Weise wurden Pläne abgelehnt, die Europäische Wissenschaftsstiftung eng an die EG-Kommission zu koppeln. Die nationalen Akademien bestanden auf einer NGO als Organisationsform der Stiftung. Selbst ursprünglich zwischenstaatliche Einrichtungen wie das Europäische Zentrum für Nuklearforschung (CERN) entzogen sich zunehmend politischen Einflüssen. Die Berufung auf die Autonomie der Wissenschaft diente auch oft als Vehikel für die Ablehnung politischer Bestrebungen für eine „Europäisierung“ von Forschung und Lehre. So wurden beispielsweise alle Pläne zur Etablierung einer europäischen Volluniversität zurückgewiesen.<sup>59</sup>

Desinteressiert an einem europapolitischen Engagement zeigten sich auch Kirchen und Kulturorganisationen. Nach der Enttäuschung vieler Intellektueller über den technokratisch-ökonomischen Charakter der europäischen Integration wachten die Kultureliten in der Folge vor allem darüber, dass Brüssel keine kulturpolitischen Kompetenzen erhielt. Für die Kirchen boten bilaterale Prozesse wie die deutsch-französische Annäherung ein weit besseres Feld, um ihre Hauptanliegen von Frieden und Versöhnung zu vermitteln. Erst seit dem Ende des Kalten Krieges und der sich anbahnenden Osterweiterung der EU entfalten die Kirchen wie auch Kultur- und Wissenschaftsorganisationen in stärkerem Masse europapolitische Aktivitäten.<sup>60</sup>

Ein besonders anschauliches Beispiel für eine ausschließlich defensive Autonomiestrategie ist der europäische Fußballverband UEFA, der sich seit seiner Gründung für eine strikte Trennung von Sport und Politik stark machte. Wiederholt widersetzte er sich Aufforderungen der europäischen Kommission und sogar Urteilen des europäischen Gerichtshofes zur Neuregulierung des Spielermarktes mit dem Ziel, jeglichen politischen Einfluss auf die Verbandsaktivitäten zu vermeiden.<sup>61</sup>

#### *b. Zivilgesellschaftliche Integration in die europäische Politik*

---

<sup>58</sup> Weniger Berührungängste gegenüber der Europapolitik hatten erstaunlicherweise die Neuen Sozialen Bewegungen. Umwelt- und Sozialverbände wurden nicht nur zu erheblichen Teilen durch die Europäische Kommission finanziert, sondern nahmen für diese teilweise auch Expertisefunktionen oder die Rolle eines „Wächters“ bei der Umsetzung von EG-Direktiven wahr - vgl. Greenwood, *Representing Interests*, S. 189f.

<sup>59</sup> Vgl. Darmon, *The European Science Foundation*, S. 382ff.; de Réau, *La Conférence*, S. 251f.

<sup>60</sup> Vgl. Schubert/Bandelow, *Neue Netze*, S. 603f.; S. Wydmusch, „Tra realtà territoriale e idealità europea. Le chiese protestanti e il processo d’unione europea“, in: Durand/Canavero, *Il fattore religioso*, S. 159-175, hier: S. 161ff.

<sup>61</sup> Vgl. S.-O. Knuth, *Die UEFA 1954-1996, Magisterarbeit Institut für Geschichte der Humboldt-Universität Berlin*, Berlin 2000 S. 58ff.

Die Integration zivilgesellschaftlicher Akteure in die Entscheidungsprozesse der europäischen Politik ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur lange unter der Fragestellung nach einem europäischen Korporatismusmodell diskutiert worden.<sup>62</sup> Wenn auch die Debatte häufig unter normativen Implikationen zu leiden hatte, so brachte die resultierende empirische Forschung doch auch aus historischer Sicht interessante Aufschlüsse über die politische Einbindung europäischer NGO. So wird erstens deutlich, dass sich die Einflusskanäle zivilgesellschaftlicher Organisationen stärker als im nationalen Rahmen auf Exekutive und Verwaltung, in diesem Fall speziell auf die Europäische Kommission konzentrierten. Das entscheidende Legislativorgan der EG, der Ministerrat, spielte ebenso eine deutlich geringere Rolle wie das Europäische Parlament. Hierfür waren verschiedene Gründe maßgeblich: zunächst die politische Konstruktion der EG mit ihrer Mischung aus intergouvernementalen und supranationalen Elementen, die den Rat als weitgehend unzugängliches, unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagendes Gremium institutionalisierte und das Europäische Parlament lange Zeit ohne substantielle Kompetenzen beließ. Hingegen erhielt die Kommission das Monopol, legislative Initiativen zu ergreifen. Sie war darüber hinaus selbst aktiv um den Aufbau europäischer NGO bemüht, etwa durch ihre Strategie, europäischen Verbänden bessere Lobbymöglichkeiten zu bieten als national organisierten NGO. Häufig wurden auch die Budgets der Verbände teilweise von der Kommission getragen. Auf Seiten der Brüsseler Behörde verbarg sich dahinter nicht nur die Hoffnung auf verbesserte Legitimation, sondern oft auch der aus chronischer Überlastung erwachsende Bedarf nach externer Expertise.<sup>63</sup> Erst in jüngster Zeit ist es zu einigen Veränderungen gekommen: Das Europäische Parlament erhielt in den achtziger Jahren deutlich mehr Macht und hat sich zu einer attraktiven Lobbyadresse vor allem für nicht-ökonomische Interessengruppen entwickelt. Auch regelmäßige Kontakte wichtiger NGO zur jeweiligen Präsidentschaft des Ministerrates wurden etabliert.<sup>64</sup>

Als zweites wichtiges Merkmal der Rolle europäischer NGO innerhalb der europäischen Politik lässt sich die starke Fragmentierung ihrer Integration erkennen. So waren im ökonomischen Bereich branchenübergreifende Formen des Korporatismus deutlich schwächer

---

<sup>62</sup> Vgl. aus der Fülle der Literatur z. B.: W. Streeck, *From national corporatism to transnational Pluralism: European interest politics and the Single Market*, University of Notre Dame, Helen Kellogg Institute for International Studies, Working paper, 1991.

<sup>63</sup> Vgl. S. Mazey/J. Richardson, „The logic of organisation. Interest groups“, in: J. Richardson (Hg.), *The EU. Power and Policy-making*, London 1996, S. 200-215.

<sup>64</sup> Vgl. K. Eder/K.-U. Hellmann/H.-J. Trenz, „Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“, in: B. Kohler-Koch (Hg.), *Regieren in entgrenzten Räumen*, PVS-Sonderheft 1998, Opladen 1998, S. 321-344.

ausgeprägt als in vielen nationalen Fällen. Gerade die Wirtschaftsverbände übten ihren Einfluss größtenteils auf Branchenebene aus. Als besonders erfolgreich erwiesen sich dabei die Lobbys in der Stahl-, Chemie- und Elektronikindustrie sowie neuerdings auch in Wachstumssektoren wie Informations- und Biotechnologie. Daneben muss an den mächtigen Agrarverband COPA erinnert werden. In all diesen Branchen waren die Wirtschaftsverbände in enger Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen der Brüsseler Kommission an der Formulierung und Umsetzung von Forschungs-, Industrie- oder Außenhandelspolitik, im Fall der COPA auch an der Preis- und Einkommenspolitik, sehr aktiv beteiligt. Eine ähnliche Fragmentierung der politischen Einbindung von NGO entwickelte sich auch im nicht-ökonomischen Bereich, etwa bei den Konsumenten- und Umweltorganisationen, die ihren Einfluss oft in jeweils eng begrenzten Feldern wie Müllrecycling oder Produktetikettierung geltend machen konnten.<sup>65</sup>

Drittens springt ins Auge, dass sich europäische NGO meist eines sachlich-konsensualen Stils bedienten und ihre Anliegen deutlich weniger politisierten als auf nationaler Ebene. Die Verbindungen zu politischen Parteien waren viel schwächer entwickelt, besonders auffallend bei Organisationen, die wie die Gewerkschaften traditionell enge Beziehungen zu einer Partei pflegten. Abgesehen davon, dass der überwiegend ökonomisch-technische Charakter der europäischen Integration lange wenig Raum für eine Politisierung ließ, sahen sich die meisten NGO schon deshalb zu einer stärkeren Konsensorientierung gezwungen, weil jedes legislative Projekt auf europäischer Ebene letztlich eines einstimmigen Votums bzw. einer qualifizierten Mehrheit im Ministerrat bedurfte. Durch das Fehlen einer klaren, am Links-Rechts-Schema orientierten europäischen Parteienlandschaft sowie zentraler massenmedialer Foren einer europäischen Öffentlichkeit wurden die Chancen für eine Politisierung noch weiter verringert. Dominiert von der geräuschlosen Lobbytätigkeit der Wirtschaftsverbände kamen auch aus der europäischen Zivilgesellschaft selbst zunächst kaum Impulse für massenmedial öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.<sup>66</sup> Ein Wandel setzte erst in den achtziger Jahren ein. Die politische Integration weitete sich auf nicht-ökonomische Bereiche aus, nach 1989 trat die Vision einer Osterweiterung der Gemeinschaft hinzu. Damit einhergehend entwickelten sich in stärkerem Masse politisierte Debatten. Mit der sukzessiven Aufwertung des Europäischen Parlaments wurden zudem die Konturen eines kohärenten Parteiensystems auf EU-Ebene sichtbar. Begünstigt durch diese Tendenzen und diese gleichzeitig vertiefend nahm die

---

<sup>65</sup> Vgl. Greenwood, *Representing Interests*, S. 191f.; J. Greenwood/M. Aspinwall, „Conceptualising collective action in the European Union: an Introduction“, in: dies. (Hg.), *Collective Action in the European Union. Interests and the politics of associability*, London/New York 1998, S. 1-30, hier: S. 27f.

<sup>66</sup> Vgl. Kaelble, *Die europäische Öffentlichkeit*, S. 671; Greenwood, *Representing Interests*, S. 33f.

Politisierung der europäischen Zivilgesellschaft zu. Als Pionier erwies sich der EGB, der seit 1978 regelmäßige Demonstrationen bei Gipfeltreffen des Europäischen Rates organisierte. In den achtziger Jahren traten dann auch Umwelt- und Verbraucherverbände mit medienwirksamen Kampagnen in Erscheinung. Selbst Wirtschaftslobbys wie der „*European Roundtable of Industrialists*“ widmeten bei ihrem Feldzug für den europäischen Binnenmarkt der Medienwerbung erheblichen Raum.<sup>67</sup>

#### **4. Die europäische Zivilgesellschaft und die Konstruktion europäischer Identität(en)**

##### **a. Die Funktion der Abgrenzung zur Konstruktion partikularer Identitäten**

Schon bei einem oberflächlichen Blick auf das Ensemble der europäischen Zivilgesellschaft fällt auf, dass – sieht man von den Bewegungen zur Verbreitung der Europaidee ab - eine gesamtgesellschaftliche Orientierung nahezu vollständig fehlt. Sofern zivilgesellschaftliche Organisationen ein europäisches „Wir-Gefühl“ beförderten, so handelte es sich um partikulare und sehr stark kontextabhängige Identitäten. Dabei ist frappierend, welche konstitutive Rolle die Abgrenzung von anderen Akteuren für die Konstruktion solcher europäischer Identitäten gespielt hat. Idealtypisch lassen sich eine äußere und eine innere Dimension unterscheiden. Beginnend mit der äußeren Dimension springt zunächst die permanente Referenz zu den Vereinigten Staaten, in geringerem Maße auch zur Sowjetunion, ins Auge. Vor allem in den fünfziger Jahren spielte für nicht wenige europäische NGO die Sorge um eine eigenständige Position Europas zwischen den Wirtschafts- und Gesellschaftsformen der beiden Supermächte eine große Rolle für das eigene Selbstverständnis. Die selbstbewusste Vertretung europäischer Wirtschaftsinteressen auf internationaler Ebene gehörte z. B. zu den Hauptanliegen der „Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Auch für das Europäische Kulturzentrum in Genf war das Verhältnis Europas zu USA und Sowjetunion ein zentraler Gegenstand von Debatten und Aktivitäten. Ein immer wiederkehrender Topos war die Diskussion über einen „dritten, europäischen Weg“, besonders intensiv z. B. innerhalb der föderalistischen Europabewegung. Ähnliche Orientierungen in Gewerkschaftskreisen kamen in der Formel zum Ausdruck, Europa brauche „weder Stalin noch *Standard Oil*“.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Vgl. Platzer, *Gewerkschaftspolitik*, S. 62; Green Cowles, *The European Roundtable*, S. 234; zur Entwicklung eines europäischen Parteiensystems: S. Hix/C. Lord, *Political Parties in the European Union*, Basingstoke 1997.

<sup>68</sup> Webb, *Europeanism*, S. 306; W. Elsner, *Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften*, Köln 1974, S. 14.

Während sich die Debatte um einen dritten Weg in der Folgezeit weitgehend verlor, blieb der Bezug zu den Vereinigten Staaten essentiell. Dabei gab es zwei Varianten. Die erste, vor allem in Wirtschafts- und Wissenschaftsorganisationen anzutreffen, lässt sich als Philosophie des „partnerschaftlichen Wettbewerbs“ charakterisieren. Einerseits war man von der amerikanischen Leistungsfähigkeit fasziniert und betrachtete Europa und die USA als Partner mit gemeinsamen Interessen, z. B. im Rahmen des GATT. Andererseits nahm man die US-Wirtschaft bzw. Wissenschaft als Herausforderung und Konkurrenz wahr, der sich Europa durch selektives Lernen vom amerikanischen Modell zu stellen habe. Die hieraus erwachsenden europäischen Identitäten speisten sich wesentlich aus dem Wettstreit mit US-Bemühungen um die schnellsten, besten, „fortschrittlichsten“ Problemlösungen. Prototypische Beispiele hierfür waren die von den Wirtschaftsverbänden in den siebziger und achtziger Jahren geführten Debatten über die „technologische Lücke“ zwischen Europa und den USA bzw. später über die „europäische Wettbewerbsfähigkeit“. Europa, so der Tenor, müsse der amerikanischen Konkurrenz durch ein eigenes Entwicklungsmodell begegnen, beispielsweise im Bereich der Managementausbildung, wo sich die europäischen Einrichtungen schon in den sechziger Jahren geschlossen gegen eine Imitation des US-Modells aussprachen.<sup>69</sup>

Die zweite Variante war deutlich defensiver, da sie das amerikanische Modell eher als Bedrohung empfand. Ein europäisches „Wir-Gefühl“ erwuchs hier aus dem gemeinsamen Wunsch, den amerikanischen Einfluss zurückzudrängen. Die Hintergründe für diese Haltung waren außerordentlich vielfältig und kontingent; sie reichten von direkten ökonomischen Existenzängsten in einzelnen Wirtschaftsverbänden über die Furcht vor einer intellektuellen „Amerikanisierung“ Europas bei vielen Kulturorganisationen bis zur Ablehnung des als typisch amerikanisch perzipierten Fortschrittsglaubens. Darüber hinaus nahm man in einigen europäischen NGO an den US-Strategien zum Umgang mit dem kommunistischen Osteuropa Anstoß. Sowohl die Gewerkschaftsorganisationen wie auch die KEK traten für die Aufrechterhaltung von Kontakten nach Osteuropa ein, um im Zuge der Blockkonfrontation nicht alle Brücken abzurechen. Im Falle der Gewerkschaften trug dies wesentlich zum 1969 vollzogenen zeitweiligen Bruch mit den antikommunistisch geprägten US-Gewerkschaften bei.<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Bussière/Dumoulin, *L'émergence*, S. 72-74; Vgl. G. Gemelli, „From Imitation to Competitive Co-operation: The Ford Foundation and Management Education in Western and Eastern Europe (1950s-1970s)“, in: dies. (Hg.), *The Ford Foundation and Europe. Cross-fertilization of Learning in Social Science and Management*, Brüssel 1998, S. 167-305, insb. S. 195ff.

<sup>70</sup> Vgl. Greschat, *Der Protestantismus*, S. 35ff.; S. Panebianco, „EU Institutions faced with Non-Economic Interests: From Market needs to Consumer Protection“, in: Claeys, *Lobbyisme*, S. 345ff.

Neben den Vereinigten Staaten entwickelte sich in den achtziger Jahren zunehmend auch Japan zum Abgrenzungsobjekt europäischer NGO, namentlich der Wirtschaftsverbände, die eine weitere Quelle der Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit europäischer Produkte ausgemacht hatten. Einmal mehr erwuchs das europäische „Wir-Gefühl“ aus der Perzeption einer äußeren Gefahr. Dagegen spielten die Länder der Dritten Welt, noch im 18. und 19. Jahrhundert primäre Bezugspunkte europäischer Selbstdefinition, kaum noch eine Rolle. Im Gegenteil scheiterten Versuche zur Bildung europäischer NGO gerade an diesem Erbe des Kolonialismus; insbesondere die Neuen Sozialen Bewegungen sahen lange einen Widerspruch zwischen europäischem Engagement und der Verpflichtung zur Solidarität mit den Entwicklungsländern. Allenfalls in Randbereichen wie dem Europäischen Fußballverband hielt sich noch bis in die sechziger Jahre hinein der alte Glaube an eine europäische Überlegenheit gegenüber der Dritten Welt als Faktor innerverbandlicher Kohäsion.<sup>71</sup>

Neben den verschiedenen Aspekten der Abgrenzung nach außen war für die Konstruktion partikularer, europäischer Identitäten auch eine innere Dimension der Abschließung maßgeblich. Im vorangehenden Kapitel ist bereits ausführlich beschrieben worden, dass sich ein Bewusstsein europäischer Gemeinsamkeit bei Wirtschaftsverbänden, Wissenschafts- und Kulturorganisationen oft aus dem Widerstand gegen Pläne und Aktivitäten der europäischen Politik entwickelte – gegen eine europäische Universalität, gegen regulierende Eingriffe in Wirtschaftsmärkte, gegen eine europäische Kulturpolitik. In manchen Fällen wie bei der föderalistischen Europabewegung ging diese Tendenz so weit, dass das Auftauchen eines gemeinsamen Feinds auf der europapolitischen Bühne (de Gaulle) entscheidend zu einer Überwindung langwieriger interner Spaltungen beitrug.<sup>72</sup>

Der andere Aspekt der inneren Abgrenzungsdimension definierte das Selbstverständnis einer Reihe europäischer NGO als Antwort auf eine wahrgenommene Dominanz anderer Gruppen innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft. So lässt sich die Gründung des EGB auch als Versuch zur Bildung von „Gegenmacht“ gegen die schon länger existierenden europäischen Unternehmerverbände interpretieren. In ähnlicher Weise argumentierten später auch Neue Soziale Bewegungen und Kirchen, man dürfe Europa nicht allein den Wirtschaftslobbys überlassen. Ein besonders anschauliches Beispiel bildet der Agrarverband COPA: Seine protektionistische Grundhaltung beruhte auf der Überzeugung, dass die Landwirtschaft aus naturgegebenen Gründen vom ökonomischen Produktivitätsfortschritt der anderen Sektoren

---

<sup>71</sup> Vgl. Knuth, *Die UEFA*, S. 49f.

<sup>72</sup> Vgl. U. Morelli, „Il Movimento federalista europeo sovranazionale e l’Unione europea dei federalisti“, in: Landuyt/Preda, *I Movimenti*, Bd. 2, S. 665-741, insb. S. 666f.

abgekoppelt sei, ja, dass die Wirtschaftsverbände im Verbund mit Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen die völlige Auflösung des Agrarsektors anstrebten.<sup>73</sup>

b. Kohäsionsprobleme

Die lange Liste von Abgrenzungen zeichnet mithin das Bild einer stark von Partikularinteressen geprägten europäischen Zivilgesellschaft. Nach dem schnellen Verpuffen der Nachkriegsdebatte über einen dritten europäischen Weg spielte die Orientierung an einem die partikularen Identitäten übergreifenden „europäischen Gemeinwohl“ kaum noch eine Rolle. In Kultur, Wissenschaft oder Sport zeigten sich viele NGO ausschließlich an den für das eigene Subsystem relevanten Fragen interessiert. Die Neuen Sozialen Bewegungen betrachteten Europa oft eher als instrumentelles Handlungsfeld zur Lösung globaler Probleme. Den Wirtschaftsverbänden ging es in erster Linie um die Durchsetzung ihrer Interessen, und es war dabei unerheblich, dass in den einzelnen Branchen teilweise entgegengesetzte ordnungspolitische Strategien verfolgt wurden. Die Gewerkschaften unternahmen keine ernsthaften Anstrengungen zur Etablierung eines europäischen Sozialmodells. Allenfalls seit den achtziger Jahren lassen sich einige Anzeichen dafür erkennen, dass Debatten und Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen stärker aufeinander bezogen wurden, etwa ein intensivierter Dialog zwischen Wirtschaftsverbänden und Verbraucherorganisationen über die Gestaltung des europäischen Binnenmarktes.

In längerer historischer Perspektive bleibt jedoch der Gesamteindruck einer eher exklusiv als inklusiv geprägten europäischen Zivilgesellschaft bestehen, ja, in vielen Fällen erwiesen sich auch Partikularsolidaritäten als schwach und brüchig, sobald der „Außendruck“ bzw. das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins nachließen.<sup>74</sup> Es scheint daher angebracht, im folgenden abschließend die wichtigsten Dimensionen interner Divergenzen zu analysieren, die einer Verstetigung partikularer Identitäten und erst recht einer stärkeren Orientierung auf ein „europäisches Gemeinwohl“ im Wege standen.

Erstens treten politisch-ideologische Spannungen hervor. Ausgeprägt waren sie vor allem bei den Gewerkschaften, sowie bei NGO mit primär nicht-ökonomischen Zielen. Besonders

---

<sup>73</sup> G. Braun, *Die Rolle der Wirtschaftsverbände im agrarpolitischen Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Analyse der Markt-, Regional- und Agrarstrukturpolitik*, Berlin 1972, S. 149ff.

<sup>74</sup> Vgl. für ein Beispiel misslungener Solidarisierungsversuche innerhalb der Wirtschaftsverbände: R. Perron, „Divergences, Front Uni: L'Organisation des Producteurs de Charbon face à la Haute Autorité de la C.E.C.A. de 1952 à 1958“, in: Bussière/Dumoulin, *Milieus économiques*, S. 245-261; umgekehrt wird man die außergewöhnliche Stabilität von Wissenschaftsorganisationen wie des CERN auch auf den gemeinsamen Zwang zu Kostenteilung zurückführen können, denn in „billigeren“ Wissenschaftsdisziplinen war die interne Kohäsion

kontroverse Debatten wurden in der Europabewegung geführt, unter deren Dach Gruppen sozialistischer, konservativer und liberaler Couleur um Einfluss stritten. Auch unter den europäischen Verbraucherverbänden gab es lebhaftes Auseinandersetzen zwischen liberalen und sozialistischen Ansätzen. In der Umweltbewegung persistierte eine Spannung zwischen konservativen Verfechtern des Naturschutzes und einem eher linken Ökologieverständnis. Ein ähnlicher Konflikt verhinderte über Jahre maßgeblich die Entstehung einer Europäischen Frauenorganisation. Im EGB gab es jahrelang interne Auseinandersetzungen, ob die kommunistischen Organisationen aus Italien, Spanien, Frankreich und Portugal aufgenommen werden sollten.<sup>75</sup>

Zweitens müssen zumindest für die Zeit der fünfziger und sechziger Jahre konfessionelle Spaltungen in Rechnung gestellt werden, besonders stark natürlich im Fall der kirchlichen Organisationen, aber auch bei Gewerkschaften und Agrarverbänden. Im weiteren Verlauf lässt sich jedoch eine eindeutige Tendenz zur Abschleifung dieser Divergenzen erkennen. Im Fall der Kirchen war es wie geschildert vor allem der ökumenische Prozess, der zu einer unübersehbaren Annäherung führte. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung scheinen eher Säkularisierungsprozesse ausschlaggebend gewesen zu sein, dass es 1974 zur Auflösung der europäischen Organisation christlicher Gewerkschaften und zur Integration ihrer ehemaligen Mitglieder in den EGB kam. Eine ähnliche Neutralisierung konfessioneller Unterschiede fand auch im Agrarverband COPA statt.<sup>76</sup>

Der letzte und zweifellos gewichtigste Faktor interner Kohäsionsprobleme war die nationale Dimension, die allein schon durch die stark vermittelte Konstruktion der meisten europäischen NGO als Föderationen nationaler Verbände eine konstitutive Bedeutung erhielt. Hinzu kamen eine ganze Reihe von Aspekten – die rechtliche und politische Integration der Mitgliedsverbände in die jeweiligen Nationalstaaten, unterschiedliche nationale Organisationsprinzipien und -stile, divergierende politische Kulturen, schließlich die Prägung durch nationale Identitäten, bisweilen auch durch nationalistische Tendenzen.

Keineswegs kollidierten europäische Identitäten immer und zwangsläufig mit den verschiedenen nationalen Perspektiven; in einigen Fällen erwies sich das nationale Paradigma

---

deutlich weniger stark ausgeprägt – vgl. M. Morange, „EMBO and EMBL“, in: Krige/Guzzetti, *History of Scientific and Technological Co-operation*, S. 77-92.

<sup>75</sup> Vgl. A. Young, „European Consumer Groups: multiple levels of governance and multiple logics of collective action“, in: Greenwood/Aspinwall, *Collective Action*, S. 149-175, hier: S. 149f.; C. Hoskyns, *Integrating Gender. Women, Law and Politics in the European Union*, London/New York 1996, S. 129ff.; Barnouin, *The European Labour Movement*, S. 22f.

<sup>76</sup> B. Burkhardt-Reich/ W. Schumann, *Agrarverbände in der EG, Das agrarpolitische Entscheidungsgefüge in Brüssel und in den EG-Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Verbands COPA und seiner nationalen Mitgliedsverbände*, Kehl /Strasbourg 1983, S. 334f.; P. Pasture, „Adieu aux Illusions. La CISC devant la CEE, 1958-1974“, in: Bussière/Dumoulin, *Milieus économiques*, S. 371-386.

sogar als einigendes Band, wenn es um die Verteidigung von Autonomierechten ging. Gegen die Pläne für eine europäische Universität waren sich beispielsweise die Hochschulrektoren darin einig, dass Universitäten weiterhin ausschließlich auf nationaler oder regionaler Ebene angebunden bleiben sollten. Der Kampf einiger Wirtschaftsverbände gegen ein Kartellverbot war auch ein Kampf für die Rettung nationaler Kartelle. Die europäischen Managementorganisationen stimmten darin überein, dass bei der Ausbildung von Managern die Erhaltung einer europäischen Pluralität nationaler Stile wünschenswert sei.

Virulent wurde die nationale Dimension immer dann, wenn ein solches Bekenntnis zur „Einheit in der Vielfalt“ nicht mehr ausreichte, weil äußerer Druck vorlag, oder weil einige nationale Verbände ein weitergehendes europäisches Engagement forderten, beispielsweise eine stärkere Ausrichtung der Aktivitäten auf die EG/EU. Dann zeigten sich schnell Risse, die heftige interne Debatten auslösten und die Handlungsfähigkeit der Organisationen einschränkten, da die Entscheidungsfindung meist dem Konsensprinzip unterlag.

Ohnehin betrachteten viele nationale Verbände ihre Mitgliedschaft in europäischen NGO nur als eine von mehreren Aktionsebenen, d.h. der nationale Kontext spielte meist weiter eine übergeordnete Rolle. Es überrascht in diesem Zusammenhang wenig, dass nationale Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in ökonomischen Krisensituationen die europäische Solidarität oft zugunsten einer Zusammenarbeit mit nationalen Regierungen fallen ließen.<sup>77</sup> In ähnlicher Weise wurde der Agrarverband COPA, der über die Koordinierung der jährlichen Agrarpreisverhandlungen ein hohes Maß an interner Kohäsion erreicht hatte, seit den achtziger Jahren zunehmend von wiederaufbrechenden nationalen Divergenzen betroffen. Zwischen nationalen Kulturorganisationen kam es zu Auseinandersetzungen über Buchpreisbindung und Filmförderung. Im Europäischen Gewerkschaftsbund war nicht nur das Ausmaß europapolitischen Engagements stark umstritten; die verschiedenen nationalen Traditionen schlugen sich beispielsweise auch in Kontroversen darüber nieder, ob gegenüber Unternehmern und Politik eine Strategie des Dialogs oder des Konflikts vorzuziehen sei.<sup>78</sup>

### **Schlussüberlegungen**

---

<sup>77</sup> Vgl. z. B. zur Ölkrise: M. Dumoulin, „Créer une solidarité pétrolière en Europe?“, in: Bussière/Dumoulin, *Milieus économiques*, S. 238f.; zur Stahlkrise Ende der 70er Jahre: Grunert, *Decision-Making Processes*, S. 283ff.; zur Werftenkrise: B. Strath, *The Politics of De-Industrialisation. The Contraction of the West European Shipbuilding Industry*, London/New York 1987.

<sup>78</sup> Greenwood, *Representing Interests*, S. 124f.; Schubert/Bandelow, *Neue Netze*, S. 601; A. Hey/U. Brendle, *Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen*, Opladen 1994, S. 475f.

Das Konzept der Zivilgesellschaft erweist sich als eine durchaus fruchtbare theoretische Perspektive für die Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auf europäischer Ebene. Es bietet die Möglichkeit, die in Teilen der europäischen „NGO-Forschung“ anzutreffende Tendenz zu reiner Organisationsgeschichte zugunsten einer umfassenderen, den zeitgeschichtlichen Kontext stärker einbeziehenden Sichtweise zu verlassen, die zudem Anschluss an andere historische und sozialwissenschaftliche Forschungsfragen gewinnt, etwa an den in diesem Band behandelten Problemkomplex transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten.

Vergegenwärtigt man sich beispielsweise nochmals die inhaltlichen Debattenfelder europäischer NGO im Sinne von Teil-Öffentlichkeiten, so wird deutlich, dass neben zahlreichen verbandsspezifischen Themen einige Fragen fast überall auftauchten, etwa das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten oder die Beziehungen zum europapolitischen Machtzentrum in Brüssel. Verbandsintern kreisten viele Debatten um die Frage, wie das Verhältnis zwischen nationalen Mitgliedsbünden und den europäischen Dachorganisationen gestaltet werden sollte. Trotz dieser partiell gemeinsamen thematischen Orientierung blieben die jeweiligen Debatten in europäischen NGO weitgehend voneinander getrennt; es handelte sich um reine Teil-Öffentlichkeiten, die nahezu unvermittelt nebeneinander existierten.

Im Hinblick auf die konzeptuelle Ausrichtung der Forschung zur europäischen Zivilgesellschaft zeichnen sich zwei klare Tendenzen ab. Erstens scheint es für historische Arbeiten wenig erfolgversprechend, für die Analyse der europäischen Zivilgesellschaft eine Gesamtperspektive zugrunde zu legen, etwa die Frage nach einem europäischen „Sozialmodell“. Die extreme Ausdifferenzierung und Segmentierung dürfte zu den zentralen Charakteristika der europäischen Zivilgesellschaft gehören – in ihren öffentlichen Debatten, ihren Aktivitäten, ihrem Verhältnis zur politischen Macht, ihren jeweils spezifischen Identitätsmustern. Daher wird man ihrer historischen Entwicklungsdynamik eher mit einem Ansatz auf die Spur kommen, der im Anschluss an *Bourdieu* und die neuere soziologische Lebensstilforschung<sup>79</sup> milieuspezifische Differenzierungen von vornherein als konstitutive Dimension moderner Gesellschaften konzeptualisiert.

Zweitens erwies es sich im Verlauf der Analyse immer wieder als bedeutsam, dass die europäische Zivilgesellschaft gewissermaßen auf einer mittleren Ebene zwischen „Weltgesellschaft“ und nationalen Zivilgesellschaften angesiedelt ist. Hieraus erwächst eine doppelte Forschungsperspektive: Zum einen ließe sich an die vielfältigen Aspekte der Dialektik von Inklusion und Exklusion zwischen europäischer Zivilgesellschaft und nicht-

---

<sup>79</sup> Vgl. hierzu Schmidt-Gernig, Gibt es eine europäische Identität, S. 186f.

europäischen Akteuren anknüpfen, indem europäische NGO in stärkerem Maße mit ähnlichen Organisationen anderer Kontinente verglichen werden. Einzubeziehen wären dabei die wechselseitigen Einflüsse und Transfers, etwa die Frage, welche Rolle die massive Gründung von NGO in Lateinamerika schon während der Zwischenkriegszeit für die Entwicklung in Europa spielte. Ein solcher Ansatz würde auch neues Licht auf das Verhältnis der europäischen Zivilgesellschaft zu weltweit operierenden NGO werfen.

Zum anderen sollte die nationale Dimension als wichtigste „Sub-Einheit“ der europäischen Zivilgesellschaft stärker in den Blickpunkt gerückt werden.<sup>80</sup> Nicht nur die Tatsache, dass viele nationale Organisationen und Verbände eigene Büros in Brüssel oder Strasbourg unterhalten, rechtfertigt es, sie in gewisser Weise als autonome Akteure innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft zu betrachten, Akteure zudem, die durch die konstitutive Bedeutung des Nationsprinzips für die Strukturierung der meisten europäischen NGO auch den größten Einfluss auf die Entwicklung dieser Euro-Verbände ausübten. Vergleichende, durch Transferanalysen ergänzte Untersuchungen der europäischen Dimension mehrerer nationaler Organisationen erscheinen daher als vielversprechender Weg, tiefere Einblicke in die interne Dynamik der europäischen Zivilgesellschaft zu gewinnen – in Prozesse der Machtausübung und des gegenseitigen Lernens, der Identitätsbildung, aber auch der Entsolidarisierung. Auch das dialektische Verhältnis der nationalen Organisationen zu den europäischen Dachverbänden ließe sich auf diese Weise besser untersuchen als bei einer analytischen Beschränkung auf die jeweilige europäische NGO, weil die Hintergründe kontroverser Debatten und längerfristigen Wandels genauer ausgeleuchtet werden könnten.

Dies gilt analog auch für Untersuchungen, die über den „Umweg“ zivilgesellschaftlicher Organisationen die Herausbildung europäischer Öffentlichkeiten und Identitäten in den Blick nehmen. Man wird hier beispielsweise gut daran tun, sich nicht mit einer katalogartigen Auflistung von Debatten innerhalb der europäischen Verbandsöffentlichkeiten zufrieden zu geben, sondern zusätzlich zu prüfen, inwieweit und in welcher Weise diese Debatten bis in die nationalen Wirtschaftsforen, Gewerkschaftskongresse und Kirchentage durchdrangen, ob es dabei tatsächlich zu interkulturellen Transfers kam bzw. eher zur „Nationalisierung“ europäischer Themen.

---

<sup>80</sup> Eine solche Betonung der nationalen Dimension hat sich auch in anderen europabezogenen Forschungszusammenhängen als fruchtbar erwiesen, z. B. im Hinblick auf die politische Integration, das Europarecht oder die europäische Öffentlichkeit – vgl. Kaelble, *Die europäische Öffentlichkeit*, S. 656f.; A. S. Milward, *The European Rescue of the Nation State*, London 1992; J. W. W. Weiler, *The Constitution Of Europe : Do the New Clothes have an Emperor? and Other Essays on European Integration*, Cambridge 1999.

## Literaturverzeichnis

- Abromeit, H., *Democracy in Europe: Legitimising politics in a non-state policy*, Oxford/New York 1998.
- Autissier, A.-M., *L'Europe culturelle en pratique*, Paris 1999.
- Averyt, W. F., *Agropolitics in the European Community. Interest Groups and the Common Agricultural Policy*, New York/London 1977.
- Bachoud, A./M. Trebitsch, „Le paradoxe européen des intellectuels“, in: A. Bachoud/ J. Cuesta/ M. Trebitsch, *Les Intellectuels et L'Europe de 1945 à nos jours*, Paris 2000, S. 11-17.
- Barnouin, B., *The European Labour Movement and European Integration*, London 1986.
- Billion, J.-F., „I movimenti mondialisti e l'integrazione europea“, in: S. Pistone (Hg.), *I Movimenti per L'Unità Europea dal 1945 al 1954*, Mailand 1992, S. 271-300.
- Boli, J., „Conclusion: World Authority Structures and Legitimations“, in: ders./G. M. Thomas, *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford 1999, S. 267-300.
- Boli, J./ G. M. Thomas, „INGOs and the Organization of World Culture“, in: dies., *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford 1999, S. 13-49.
- Boual, J.-C. (Hg.), *Vers une société civile européenne?* Paris 1999.
- Braun, G., *Die Rolle der Wirtschaftsverbände im agrarpolitischen Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Analyse der Markt-, Regional- und Agrarstrukturpolitik*, Berlin 1972.
- Burkhardt-Reich, B./ W. Schumann, *Agrarverbände in der EG, Das agrarpolitische Entscheidungsgefüge in Brüssel und in den EG-Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Verbands COPA und seiner nationalen Mitgliedsverbände*, Kehl /Strasbourg 1983.
- Bussière, E./M. Dumoulin, „L'émergence de l'idée d'identité économique européenne d'un après-guerre à l'autre“, in: R. Girault (Hg.), *Identité et conscience européennes au XXe siècle*, Paris 1994, S. 65-102.
- Campanini, G., „La cultura cattolica del Novecento e l'idea d'Europa“, in: J.-D. Durand/ A. Canavero (Hg.), *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999, S. 233-246.
- Chenau, P., *Une Europe vaticane? Entre le Plan Marshall et les Traités de Rome*, Brüssel 1990.
- Cohen, J. L./A. Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1992.

- Darmon, G., „The European Science Foundation: Towards a History“, in: J. Krige/L. Guzzetti, *History of European Scientific and Technological Co-operation*, Luxemburg 1997, S. 381-401.
- Dreyfus, F.-G., „Le Protestantisme contre L'Europe“, in: G. Vincent/J.-P. Williame, *Religions et transformations de l'Europe*, Strasbourg 1993, S. 127-141.
- du Réau, E., „La Conférence des recteurs des Universités européennes: une expérience pionnière de coopération universitaire“, in: A. Bachoud/ J. Cuesta/ M. Trebitsch, *Les Intellectuels et L'Europe de 1945 à nos jours*, Paris 2000, S. 243-254.
- Dumoulin, M., „Créer une solidarité pétrolière en Europe?“, in: G. Bussière/M. Dumoulin (Hg.), *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 238-254.
- Dumoulin, M./A.-M. Dutrieue, *La Ligue Européenne de Coopération économique (1946-1981). Un groupe d'étude et de la pression dans la construction européenne*, Bern/Berlin 1993.
- Durand, J.-D., „Conclusioni“, in: J.-D. Durand/ A. Canavero (Hg.), *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999, S. 423-429.
- Dutrieue, A.-M., „Le CEPES, un mouvement patronal européen? (1952-1967)“, in: M. Dumoulin/R. Girault/G. Trausch (Hg.), *L'Europe du Patronat. De la guerre froide aux années soixantes*, Bern/Berlin 1990, S. 213-229.
- Eder, K./K.-U. Hellmann/H.-J. Trenz, „Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“, in: B. Kohler-Koch (Hg.), *Regieren in entgrenzten Räumen*, PVS-Sonderheft 1998, Opladen 1998, S. 321-344.
- Edwards, B./M. W. Foley, „Civil Society and Social Capital beyond Putnam“, *American Behavioural Scientist*, Jg. 42 (1998), S. 124-139.
- Eisenberg, C., „The Rise of Internationalism in Sports“, in: M. H. Geyer/J. Paulmann (Hg.), *The mechanics of Internationalism. Culture, Society and Politics from the 1840s to World War I*, Oxford 2000, S. 367-395.
- Eising, R./B. Kohler-Koch, „Inflation und Zerfaserung: Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft“, in: W. Streeck (Hg.), *Staat und Verbände*, PVS-Sonderheft 25 (1994), S. 175-206.
- Elsner, W., *Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften*, Köln 1974.
- Frank, D. J., „The Rationalization and Organization of Nature in World Culture“, in: J. Boli/G. M. Thomas, *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford 1999, S. 81-99.

- Gemelli, G., „From Imitation to Competitive Co-operation: The Ford Foundation and Management Education in Western and Eastern Europe (1950s-1970s)“, in: dies. (Hg.), *The Ford Foundation and Europe. Cross-fertilization of Learning in Social Science and Management*, Brüssel 1998, S. 167-305.
- Giesen, K.-G., „Europäische Großforschungsorganisationen und transnationale Wissenschaftsinteressenvermittlung“, in: V. Eichener/H. Voelzkow, *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung*, Marburg 1994, S. 419-451.
- Gillingham, J., *Coal, Steel and the rebirth of Europe, 1945-55 : the Germans and French from Ruhr conflict to economic community*, Cambridge 1991.
- Gobin, C., *Consultation et concertation sociales à l'échelle de la Communauté économique européenne. Etude des positions et strategies de la Confédération européenne des syndicats (1958-1991)*, Brüssel 1996.
- Green Cowles, M., „The European Round Table of Industrialists. The Strategic Player in European Affairs“, in: Greenwood, J. (Hg.), *European Casebook on Business Alliances*, London 1995, S. 225-236.
- Greenwood, J. (Hg.), *European Casebook on Business Alliances*, London 1995.
- Greenwood, J., *Representing Interests in the European Union*, Basingstoke 1997.
- Greenwood, J./M. Aspinwall, „Conceptualising collective action in the European Union: an Introduction“, in: dies. (Hg.), *Collective Action in the European Union. Interests and the politics of associability*, London/New York 1998, S. 1-30
- Greschat, P., „Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft“, in: ders./W. Loth (Hg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*, Stuttgart 1994, S. 25-96.
- Grote, J., „Tripartism and European Integration“, in: G. Spyropoulos (Hg.), *Trade Unions Today and Tomorrow, Bd. 1: Trade Unions in a Changing Europe*, Maastricht 1985, S. 231-258.
- Grunert, T., „Decision-Making Processes in the Steel Crisis Policy of the EEC: Neocorporatist or Integrationist Tendencies?“, in: Y. Meny/ V. Wright (Hg.), *The Politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974-1984)*, Berlin/New York 1987, S. 222-307.
- Hall, J. A. (Hg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge 1995.
- Hann, C. „Zivilgesellschaft oder Citizenship? Skeptische Überlegungen eines Ethnologen“, in: M. Hildermeier/J. Kocka/C. Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M./New York 2000, S. 85-112.

- Hann, C., „Introduction: Political society and civil anthropology“, in: ders./E. Dunn (Hg.), *Civil Society. Challenging Western Models*, London 1996, S. 1-26.
- Hey, A./U. Brendle, *Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen*, Opladen 1994.
- Hix, S./C. Lord, *Political Parties in the European Union*, Basingstoke 1997.
- Honecker, M., „La dimension oecuménique de l'Europe unifiée“, in: P. Koslowski (Hg.), *Imaginer l'Europe. Le marché intérieur européen, tâche culturelle et économique*, Paris 1992, S. 179-195.
- Hoskyns, C., *Integrating Gender. Women, Law and Politics in the European Union*, London/New York 1996.
- Kaelble, H., „Die europäische Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Eine Skizze“, in: M. Grüttner et. al. (Hg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/M. 1999, S. 651-678.
- Kaelble; H., „Demokratie und europäische Integration seit 1950“, in: M. Hildermeier/J. Kocka/C. Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M./New York 2000, S. 245-271.
- Keane, J. (Hg.), *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London 1988.
- Kirchner, E. J., *Trade Unions as a pressure group in the European Community*, Westmead 1977.
- Knuth, S.-O., *Die UEFA 1954-1996, Magisterarbeit Institut für Geschichte der Humboldt-Universität Berlin*, Berlin 2000.
- Kocka, J., „Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen“, in: M. Hildermeier/J. Kocka/C. Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M./New York 2000, S. 13-39.
- Krige, J./D. Pestre, *History of CERN*, 2 Bde., Amsterdam/Oxford 1987/1990.
- Krüger, P., „Die Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg“, in: H. Berding (Hg.), *Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1984, S. 149-168.
- Kudo, A./T. Hara (Hg.), *International Cartels in Business History*, Tokio 1992.
- Kumar, K., „Civil society: an inquiry into the usefulness of an historical term“, *British Journal of Sociology*, Jg. 44 (1993), S. 375-395.
- Landuyt, A./D. Preda (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea 1970-1986*, 2 Bde., Bologna 2000.
- Levinson, C., *International Trade Unionism*, London 1972.

- Loya, T. A./ J. Boli, „Standardization in the World Polity: Technical rationality over power“, in: J. Boli/G. M. Thomas, *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*, Stanford 1999, S. 169-197.
- Lützel, P. M., *Die Schriftsteller und Europa: Von der Romantik bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Baden-Baden 1998.
- Majone, G., „The Rise of the Regulatory State in Europe“, *West European Politics* Jg. 17 (1994), S. 77-101.
- Makrides, V., „Le rôle de l'Orthodoxie dans la formation de l'Antieuropéanisme et l'Antioccidentalisme grecs“, in: G. Vincent/J.-P. Willaime, *Religions et transformations de l'Europe*, Strasbourg 1993, S. 103-116.
- Matyja, M., *Der Einfluss der Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) auf den Entscheidungsprozess der EU*, Bern/Berlin 1999.
- Mazey, S./J. Richardson, „The logic of organisation. Interest groups“, in: J. Richardson (Hg.), *The EU. Power and Policy-making*, London 1996, S. 200-215.
- Michalsky, K. (Hg.), *Europa und die Civil Society*, Stuttgart 1991.
- Milward, A. S., *The European Rescue of the Nation State*, London 1992.
- Mioche, P., „L'adaptation du patronat de la sidérurgie française à l'intégration européenne de 1945 à 1967“, in: M. Dumoulin/R. Girault/G. Trausch (Hg.), *L'Europe du Patronat. De la guerre froide aux années soixantes*, Bern/Berlin 1990, S. 63-77.
- Morange, M., „EMBO and EMBL“, in: J. Krige/L. Guzzetti, *History of European Scientific and Technological Co-operation*, Luxemburg 1997, S. 77-92.
- Morelli, U., „Il Movimento federalista europeo sovranazionale e l'Unione europea dei federalisti“, in: Landuyt, A./D. Preda (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea 1970-1986*, 2 Bde., Bologna 2000, Bd. 2, S. 665-741.
- Nijhuis, T., „So nah – so fern: Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland“, in: M. Hildermeier/J. Kocka/C. Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M./New York 2000, S. 219-244.
- Noel, G., „Le protectionnisme: Moteur d'une solidarité agricole et alimentaire européenne au XXe siècle?“, in: G. Bussière/M. Dumoulin (Hg.), *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 393-408.
- Noel, G., *France, Allemagne et 'Europe verte'*, Bern/Berlin 1995.

- Palayret, J.-M., „Une Université pour L'Europe: les origines de l'Institut universitaire européen de Florence (1948-1976), in: A. Bachoud/ J. Cuesta/ M. Trebitsch, *Les Intellectuels et L'Europe de 1945 à nos jours*, Paris 2000, S. 225-242.
- Panebianco, S., „EU Institutions faced with Non-Economic Interests: From Market needs to Consumer Protection“, in: P.-H. Claeys (Hg.), *Lobbyisme, pluralisme et intégration européenne*, Brüssel 1998, S. 345-361.
- Paolini, E., „Il consiglio dei comuni d'Europa“, in: Pistone, S. (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1954 al 1969*, Mailand 1996, S. 261-287.
- Pasture, P., „Adieu aux Illusions. La CISC devant la CEE, 1958-1974“, in: G. Bussière/M. Dumoulin (Hg.), *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 371-386.
- Pehn, G., *Networking Culture. The role of European cultural networks*, Strasbourg 1999.
- Pérez-Díaz, V., *The Return of Civil Society. The Emergence of Democratic Spain*, Cambridge 1993.
- Perron, R., „Divergences, Front Uni: L'Organisation des Producteurs de Charbon face à la Haute Autorité de la C.E.C.A. de 1952 à 1958“, in: G. Bussière/M. Dumoulin (Hg.), *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 245-261.
- Pistone, S. (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1945 al 1954*, Mailand 1992
- Pistone, S. (Hg.), *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1954 al 1969*, Mailand 1996.
- Platzer, H.-W., *Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? Die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre*, Bonn 1991.
- Platzer, H.-W., *Unternehmensverbände in der EG. Ihre nationale und transnationale Organisation und Politik*, Kehl/Strasbourg 1984.
- Pollard, S., „The Integration of European Business in the ‚Long‘ Nineteenth Century“, in: U. Olsson (Hg.), *Business and European Integration since 1800. Regional, National and International Perspectives*, Göteborg 1997, S. 13-27.
- Riedel, M., „Gesellschaft, bürgerliche“, in: O. Brunner/ W. Conze/ R. Kosselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 719-800.
- Schmidt-Gernig, A., „Gibt es eine europäische Identität? Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg“, in: H. Kaelble/J. Schriewer (Hg.),

*Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften*, Frankfurt/M./New York 1999, S. 163-216.

Schmitter, P. C., *Come democratizzare l'Unione Europea e perché*, Bologna 2000.

Schröter, H. G., „European Integration by the German Model? Unions, Multinational Enterprise, and Labour Relations since the 1950s“, in: U. Olsson (Hg.), *Business and European Integration since 1800. Regional, National and International Perspectives*, Göteborg 1997, S. 85-99.

Schubert, K./ N. Bandelow, „Neue Netze und fremde Gewässer: Networking für eine europäische Kulturpolitik“, in: V. Eichener/H. Voelzkow, *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung*, Marburg 1994, S. 597-615.

Schulz, M., „The Merton plan for a European central bank system: German commercial elites and the beginning of European integration (1947-57)“, in: G. Bussière/M. Dumoulin (Hg.), *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XXe siècle*, Arras 1998, S. 85-104.

Smets, I., „Les régions se mobilisent – quel ‚Lobby régional‘ à Bruxelles?“, in: P.-H. Claeys (Hg.), *Lobbyisme, pluralisme et intégration européenne*, Brüssel 1998, S. 303-327.

Steindl, H., „Le Conseil des Conférences Episcopales d'Europe (CCEE)“, in: G. Vincent/J.-P. Williame, *Religions et transformations de l'Europe*, Strasbourg 1993, S. 285-291.

Stöckl, I., *Gewerkschaftsausschüsse in der EG: die Entwicklung der transnationalen Organisation und Strategie der europäischen Fachgewerkschaften und ihre Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen der europäischen Gemeinschaft*, Kehl/Strasbourg 1986.

Strath, B., *The Politics of De-Industrialisation. The Contraction of the West European Shipbuilding Industry*, London/New York 1987.

Streeck, W., *From national corporatism to transnational Pluralism: European interest politics and the Single Market*, University of Notre Dame, Helen Kellogg Institute for International Studies, Working paper, 1991.

Sutcliff, A., *Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France, 1780-1914*, Oxford 1981.

Teague, P., *Labour and Europe: The Response of British Trade Unions to membership of the European Community*, London 1984.

Tiedemann, R., *Aufstieg oder Niedergang von Interessenverbänden? Rent-Seeking und europäische Integration*, Baden-Baden 1993.

van den Brink, B./ W. van Reijen (Hg.), *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt/M. 1995.

Vermeulen, C., *Le Collège d'Europe à l'ère des pionniers (1950-1960)*, Brüssel 2000.

Walzer, M. (Hg.), *Towards a Global Civil Society*, Providence 1995.

Webb, C., „Europeanism and European Movements“, in: M. Kolinsky/W. E. Paterson, *Social and Political Movements in Western Europe*, London 1976, S. 304-330.

Weiler, J. W. W., *The Constitution Of Europe : Do the New Clothes have an Emperor? and Other Essays on European Integration*, Cambridge 1999.

Willaime, J.-P., „Il consiglio ecumenico delle chiese e la conferenza delle chiese europee di fronte all' unificazione dell' Europa“, in: J.-D. Durand/ A. Canavero (Hg.), *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999, S. 141-157.

Wydmusch, S., „Tra realtà territoriale e idealità europea. Le chiese protestanti e il processo d'unione europea“, in: J.-D. Durand/ A. Canavero (Hg.), *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999, S. 159-175.

Young, A., „European Consumer Groups: multiple levels of governance and multiple logics of collective action“, in: J. Greenwood/M. Aspinwall (Hg.), *Collective Action in the European Union. Interests and the politics of associability*, London/New York 1998, S. 149-175.